

Entwicklungspartnerschaften

„Arbeitsplätze für junge Menschen
in der Sozialwirtschaft“ – Sachsen
e „Emporio Lavoro“ – Umbria

Gemeinschaftsinitiative
Equal



Thema:
**Der Dritte Sektor – Leitkonzepte und
Praxismodelle in Sachsen und Umbrien**

Tema:
**Il Terzo Settore – Concetti Guida e
Modelli Pratici in Sassonia e Umbria**



Gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Arbeit



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds

INHALT

BEGRÜßUNG UND EINFÜHRUNG	2
BENVENUTO E INTRODUZIONE	5
DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES DRITTEN SEKTORS IN DEUTSCHLAND- BESONDERHEITEN IN OSTDEUTSCHLAND	8
STORIA E SIGNIFICATO DEL TERZO SETTORE IN GERMANIA – CON PARTICOLARE ATTENZIONE ALLA SITUAZIONE NELLA GERMANIA DELL’EST.	16
DER DRITTE SEKTOR IN ITALIEN: INSTITUTIONEN, FUNKTIONEN UND STRATEGIEN	23
SOZIALGENOSSENSCHAFTEN IN ITALIEN	27
IL TERZO SETTORE ITALIANO: I SOGGETTI, LE FUNZIONI E LE STRATEGIE	30
DIE SOZIALREFORM: BEZIEHUNGEN ZWISCHEN ÖFFENTLICHEN EINRICHTUNGEN UND ORGANISATIONEN DES DRITTEN SEKTORS. ERFAHRUNGEN AUS DER REGION UMBRIEN UND BEISPIELE FÜR „GOOD PRACTICE“	34
DAS VERHÄLTNISS VON VERWALTUNG UND FREIEN TRÄGERN: SUBSIDIARITÄT IM PRAXISTEST – „GOOD AND BAD PRACTICE“	39
DIE BEWEGUNG DER SOZIALEN KOOPERATIVEN IN UMBRIEN – ERFAHRUNGEN, „GOOD PRACTICE“ – KRITISCHE REGIONEN???	43
SOZIOKULTURELLE ZENTREN IN SACHSEN UND IHR BEITRAG ZUR SOZIALEN UND KULTURELLEN ENTWICKLUNG VON REGIONEN – „GOOD PRACTICE!“	46
CENTRI SOCIO - CULTURALI IN SASSONIA E IL LORO CONTRIBUTO ALLO SVILUPPO SOCIALE E CULTURALE DELLE REGIONI - "GOOD PRACTICE".	56



Begrüßung und Einführung

Dr. Helmut Arnold, Vorstand von IRIS e.V. & Koordinator der EP „Junge Menschen in der Sozialwirtschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung, die im Rahmen der europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL stattfindet. Ich freue mich, dass die Vertreter unserer italienischen EP ihre Furcht vor dem kalten deutschen Winter überwunden haben und zu uns gekommen sind.

Ebenso freue ich mich, dass Vertreter unserer Strategischen Partner anwesend sind - vom Ministerium des Freistaats, vom Deutschen Gewerkschaftsbund Sachsen, der Arbeitsverwaltung und der Jugendhilfeverwaltung des Landes und der Stadt Leipzig. Sie sind unserem Entwicklungsvorhaben verbunden, Ihr Kommen zeigt mir Ihr Interesse und gibt mir Zuversicht, dass Sie unsere Sache mittragen.

Ich begrüße recht herzlich unsere heutigen Referenten - wir sind alle auf Ihre Beiträge gespannt. Und natürlich begrüße ich auch meine Mitstreiter und Mitstreiterinnen aus den Teilprojekten unserer EP. Sie sind auch gespannt, was der Tag bringen wird.

Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL wird in allen europäischen Ländern parallel durchgeführt. EQUAL ist von der EU als Laboratorium konzipiert. Neue Wege in der Beschäftigungspolitik sollen praktisch erprobt werden. Die dabei als gute Praxis erkannten Handlungsansätze sollen dann auf möglichst breiter Ebene aufgenommen und so Nachhaltigkeit gesichert werden.

Als Info dazu und zu unserer EP haben wir eine Kopie der druckfrischen Januarausgabe von „Strukturfonds aktuell“ ausgelegt. Hier finden Sie auch wichtige Internet-Adressen zur weiteren Information.

EQUAL kennzeichnet ein anspruchsvolles Programm. Ein wichtiger Baustein ist die transnationale Partnerschaft. Nach zwei Vorbereitungstreffen in Italien und Deutschland und regem Informationsaustausch über das Internet haben im März letzten Jahres das Netzwerk-Projekt „Emporio Lavoro“ aus Perugia und unsere sächsische EP „Arbeitsplätze für junge Menschen in der Sozialwirtschaft“ eine transnationale

Zusammenarbeit im Rahmen von EQUAL vereinbart und die Grundlinien unserer Zusammenarbeit fixiert.

Ziel ist hierbei, nicht allein Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen - dies entspräche dem konventionellen Programm. Durch unseren so genannten „Joint-Development-Ansatz“ wollen wir erstens Modelle einer nachhaltigen und vernetzten Regional-Entwicklung herausarbeiten - und zweitens praxisorientierte Beratungsmodule auf der Grundlage unserer spezifischen Projekt-Erfahrungen erstellen.

Die Vertreter aus Perugia sind heute unsere Gäste - und - sie sind mehr als Gäste: Sie sind unser Partner und sie sind auch Mit-Veranstalter unseres heutigen Tages, den sie durch ihre Beiträge aktiv bereichern.

Zielstellung und Leitfragen für das transnationale Seminar

Die heutige Veranstaltung soll uns verständlich machen, welchen Stellenwert der Dritte Sektor und die Sozialwirtschaft im wohlfahrtsstaatlichen Konzept unserer beiden Länder hat. Die Leitfragen für die Beiträge und Diskussion lauten:

- Wo liegen Chancen für die Entfaltung und Stärkung dieses Sektors?
- Wo sind aber auch Barrieren und Hemmnisse auszumachen?
- Gibt es bereits Lösungsansätze, um diese Blockierungen zu überwinden?

Mit diesen Fragen wird zugleich das Grundverständnis von EQUAL und unserer beiden EP überdeutlich: Es geht um die Wahrnehmung struktureller Barrieren - und da hilft erfahrungsgemäß der Blick von außen, der Vergleich mit dem anderen Land. Dann geht es allerdings auch darum, nicht stehen zu bleiben bei der Analyse und Missstände allein zu beklagen - sondern Lösungen zu suchen und neue Wege zu beschreiten, um die Barrieren zu überwinden.

Wir gehen davon aus, dass bei der Zukunftsgestaltung der europäischen Gesellschaften dem Dritten Sektor - zwischen Markt und Staat - eine wichtige Rolle zukommt:

- bei der Gestaltung des sozialen Miteinander,
- bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und nicht zuletzt

- bei der Bekämpfung der Ausgrenzung leistungsschwacher und benachteiligter Menschen, denen unsere schlanke und hochproduktive Arbeitswelt zunehmend die kalte Schulter zeigt.

Wenn man etwas zusammenbringen will, muss man zuerst wissen, wo das Gemeinsame, aber ebenso auch die Besonderheiten und Unterschiede liegen. Alles andere wäre blauäugig. Und eben dies zu klären, dazu dient unsere heutige Veranstaltung. Dabei sollen auch die Grundlagen für die beiden Herzstücke unserer transnationalen Zusammenarbeit geschaffen werden, nämlich für die beiden Seminarwochen, die im Juni in Perugia und im Spätsommer in Sachsen stattfinden. Hier werden die bereits angesprochenen Entwicklungsmodelle und praxisorientierten Beratungsmodule erstellt und erprobt.

Meine Aufgabe ist es heute, die Referenten vorzustellen und dafür zu sorgen, dass uns zwischen den Vorträgen die Luft nicht ausgeht und Spannung und Interesse für das nachfolgende Thema wachsen.

Unser erster Beitrag wird zentrale Entwicklungslinien und Grundfragen des Dritten Sektors in Deutschland herausarbeiten. Dr. Wolfgang Schröder ist frisch gebackener Juniorprofessor am Institut für Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaft. Er ist der erste Juniorprofessor im Freistaat Sachsen, herzlichen Glückwunsch! Und Dr. Schröder ist im Ehrenamt Vorstand von IRIS e.V.



Benvenuto e introduzione

Dr. Helmut Arnold, Presidenza Iris e coordinatore del progetto di sviluppo „Giovani nell'economia sociale.

Egredi Signore e Signori, vi do il benvenuto al nostro seminario, che ha luogo nel contesto dell'iniziativa comunitaria europea EQUAL. Sono felice, che siano presenti rappresentanti del nostro progetto di sviluppo italiano e che abbiano superato il timore del freddo inverno tedesco.

Allo stesso modo mi rallegro della presenza di rappresentanti dei nostri partner strategici – del Ministero del Freistaat, dell'Associazione sindacale della Sassonia, dell'Amministrazione del Lavoro e dall'Amministrazione della Jugendhilfe della Regione e della città di Lipsia. Sono tutti legati al nostro progetto di sviluppo; la loro presenza mi dimostra il loro interesse e mi dá la fiducia che sostengono la nostra causa.

Saluto cordialmente anche i relatori; attendiamo con ansia i loro interventi.

Naturalmente do il benvenuto anche ai nostri collaboratori dei progetti parziali del nostro progetto di sviluppo. Anche loro sono entusiasti della giornata che ci attende.

L'iniziativa comunitaria europea EQUAL viene attuata parallelamente in tutti i paesi europei. EQUAL viene concepita dall'Unione Europea come un laboratorio. Nella politica dell'occupazione devono essere tentate nuove vie. Gli approcci d'azione, riconosciuti come buona pratica, devono essere assunti ad un livello piú ampio possibile per assicurare continuità.

Vi abbiamo portato, per informarvi sul nostro progetto di sviluppo, una copia fresca di stampa dell'edizione di gennaio di “Strukturfonds aktuell”. Vi trovate anche indirizzi internet importanti.

EQUAL è caratterizzato da un programma ambizioso. Il partenariato transazionale ne è una pietra miliare. Dopo due incontri propedeutici in Italia e in Germania e in seguito ad un'intenso scambio di informazioni via internet, il progetto di rete “Emporio Lavoro” di Perugia e il nostro progetto di sviluppo sassone “Posti di occupazione per giovani

nell'economia sociale" si sono accordati su una collaborazione transnazionale nel contesto di EQUAL e hanno fissato le linee generali della collaborazione.

Lo scopo non consiste solamente nello scambio di esperienze e nell'apprendimento – ciò corrisponderebbe ad un programma convenzionale. Grazie al cosiddetto approccio joint-development vogliamo innanzitutto elaborare dei modelli di una rete di sviluppo regionale continua e in secondo luogo vogliamo creare dei moduli di consulenza orientati alla prassi sulla base delle nostre esperienze specifiche.

I rappresentanti di Perugia sono nostri ospiti – e – sono più che semplici ospiti: sono i nostri partner e coorganizzatori della nostra giornata, che arricchiranno con le loro relazioni.

Obiettivi e domande guida del seminario transnazionale

- L'incontro di oggi deve farci comprendere, quale importanza rivesta il terzo settore e l'economia sociale nel concetto di stato del benessere nei nostri rispettivi paesi. Le domande chiave delle nostre relazioni sono:
- Dove sono le possibilità per lo sviluppo e il rafforzamento del terzo settore?
- Dove sono tuttavia le barriere e gli impedimenti?
- Vi sono degli approcci risolutivi per superare questi ostacoli?

Queste domande servono per una migliore comprensione di EQUAL e dei nostri progetti di sviluppo: si tratta di percepire le barriere strutturali – e in questo senso ci aiuta l'osservazione esterna, il confronto con un altro paese. In seguito non dobbiamo soffermarci sull'analisi o sulla denuncia di abusi – ma dobbiamo cercare delle soluzioni e intraprendere nuove vie, per superare le barriere.

Partiamo dal presupposto che al terzo settore spetta – fra il mercato e lo stato - un ruolo decisivo nella progettazione del futuro della società europea:

- nella costruzione del sociale
- nella creazione di nuovi posti di occupazione
- nella lotta all'emarginazione di soggetti svantaggiati, i quali vengono trattati con crescente indifferenza dal mondo produttivo.

Se vogliamo contribuire costruttivamente, bisogna sapere quali sono le cose che ci accomunano, ma anche le differenze e le specificità. L'incontro di oggi serve proprio a chiarire tutto ciò. Inoltre dobbiamo stabilire i principi della nostra collaborazione transnazionale in vista delle due settimane di seminario di giugno a Perugia e in tarda estate in Sassonia. In questo contesto verranno ideati e sperimentati i modelli di sviluppo e moduli di consulenza orientati alla pratica.

Il mio compito consiste oggi nel presentare i relatori, di coordinare gli interventi, di suscitare interesse per il tema seguente.

Il nostro primo intervento elaborerà le linee centrali di sviluppo e le domande chiave del terzo settore in Germania. Dr. Wolfgang Schröer è un fresco professore "Junior" all'Istituto di pedagogia sociale, lavoro sociale e scienza dello stato di benessere. È il primo professore "Junior" in Sassonia; tanti auguri! E il dottor Schröer è membro d'onorario del comitato IRIS.



Die historische Entwicklung des Dritten Sektors in Deutschland- Besonderheiten in Ostdeutschland

Dr. Wolfgang Schröder, Technische Universität Dresden, IRIS Vorstand

Zur Geschichte und Bedeutung des Dritten Sektors in Deutschland – mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Ostdeutschland

Wer gegenwärtig über den Dritten Sektor einen Vortrag hält, lässt sich auf ein waghalsiges Unternehmen ein, denn kaum jemand weiß, was der dritte Sektor wirklich ist. Wir wissen vor allen Dingen, dass dieser Begriff immer wieder durch die europäischen Programme geistert. Wir wissen auch, dass der Begriff angeblich vor allem im amerikanischen Raum geprägt wurde und wir wissen, dass wir uns in Zukunft die regionalen Landschaften in Europa nicht mehr ohne den Dritten Sektor denken dürfen.

Zu große Erwartungen und Hoffnungen sind nämlich mit dem dritten Sektor in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verbunden. Der dritte Sektor gilt als Jobmaschine und zukünftiger Ort der Arbeit, über den dritten Sektor kann angeblich die Transformation und der Umbau der europäischen Sozialstaaten reguliert werden, über den dritten Sektor werden die Regionen wieder belebt, über den dritten Sektor werden die europäischen Gesellschaften demokratisiert und natürlich nicht zuletzt durch den dritten Sektor werden die sozialen Dienstleistungen in Europa effizienter und billiger. Diejenigen also, die diesen Begriff in die Politik gebracht haben, hatten Großes vor und wer möchte nicht ein derartiges Allheilmittel erfinden.

Doch wenn wir uns jetzt darüber verständigen wollen, was nun wirklich mit dem Begriff gemeint ist, dann können wir uns erst einmal eine Woche zurückziehen und uns über die Begriffe dritter Sektor, drittes System, tertiärer Sektor, soziale Ökonomie, Sozialwirtschaft und soziale Unternehmen streiten. Schließlich möchte ich mit Ihnen wetten, dass wir danach kaum schlauer geworden ist, aber mehr darüber wissen, was die sozialpolitischen Aufgaben in unseren Ländern sind: Wie soziale Dienstleistungen in Europa derzeit privatisiert und ökonomisiert werden und wie wir regional damit umgehen.

Darum gibt es nun zwei Möglichkeiten für mich. Erstens ich belasse es dabei und beende den Vortrag an diesem Punkt, in dem ich feststelle, der dritte Sektor ist eine Erfindung der europäischen Sozialpolitik, ohne dass viele europäische Forschungsgruppen uns ein festes Bild von dieser begrifflichen Erfindung geben konnten. Dieser Weg wäre etwas zu kurz und würde auch die politische Bedeutung des Begriffes unterschätzen.

So versuche ich zu beschreiben, wie der dritte Sektor in Deutschland eingeordnet werden kann. Wie er in die deutsche Sozialstaatsgeschichte eingelagert ist und welche Hoffnungen wir von unserem Institut für regionale Innovation und Sozialforschung damit verbinden. In drei Schritten gehe ich dabei vor. Erstens möchte ich etwas zum Verhältnis von Sozialstaat und drittem Sektor in der Geschichte sagen, dann meinen Blick insbesondere auf Ostdeutschland richten und schließlich die berechtigten Hoffnungen benennen, die wir damit verbinden, wenn wir eine neue Regionalpolitik fordern.

- | | |
|------|--|
| I. | Sozialstaat und dritter Sektor – ein Blick zurück |
| II. | Im Westen nichts Neues, aber im Osten |
| III. | Berechtigte Hoffnungen? – auf dem Weg zu einer neuen Regionalpolitik |

1. Sozialstaat und dritter Sektor – ein Blick zurück

In Deutschland haben wir, wie auch in anderen europäischen Ländern, derzeit noch das grundsätzliche Problem, dass der Begriff Dritter Sektor mehr eine Sammelkategorie als eine systematische Beschreibung eines gemeinsamen sozialen Handlungssektors ist. Zwar vernetzen sich in den Regionen Vereine, Verbände, Sozialunternehmen und Non-Profit-Organisationen derzeit immer mehr. Und sie versuchen – was wohl die schwierigste Herausforderung ist –, in regionalen Netzwerken den Spagat zwischen Konkurrenz und Kooperation zur Stärkung der Regionen auszubalancieren. Dennoch ist die Formel Dritter Sektor noch nicht der Name für ein gemeinsames sozialpolitisches Projekt. Dies hat in Deutschland vor allem historische und sozialpolitische Ursachen, die mit der Entwicklung des Sozialstaates zusammenhängen. Zwei zentrale Gründe möchte ich ansprechen.

Der erste Grund, der hier zu nennen wäre, lautet: Organisationen im dritten Sektor in Deutschland entwickelten sich vor allem im Kontext einer sozialstaatlichen Demokratisierungspolitik. Wir haben in Deutschland dank eines über viele Jahre aktiven Sozialstaates eine vielfältige Landschaft von Organisationen im dritten Sektor. So hat Rudolph Bauer in einer umfassenden Studie unter den Organisationen des dritten Sektors in Deutschland herausgefunden, dass Organisationen im dritten Sektor in Deutschland vor allem in Zeiträumen gegründet wurden, in denen der Sozialstaat in eine demokratische Infrastrukturpolitik investiert hat. So sind 40 % der gegenwärtig aktiven Organisationen im dritten Sektor in der Zeit zwischen 1918 und 1933 gegründet worden. Neben diesen 40% aus den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts haben 24% der Organisationen im dritten Sektor ihr Gründungsdatum zwischen 1970 und 1982 und 15 % haben von 1990 und 1995 insbesondere in Ostdeutschland ihre Arbeit aufgenommen. Bauer will damit darauf verweisen, dass neue soziale Bewegungen und regionale Initiativen auf eine sozialstaatliche und demokratische Infrastrukturpolitik angewiesen waren und sind.

Diese Strukturpolitik wird vor allem durch das im deutschen Sozialstaat verankerte und immer wieder aktivierte Subsidiaritäts-Prinzip eingerahmt. Das Subsidiaritäts-Prinzip besagt, dass der deutsche Sozialstaat zwar die soziale Sicherung der Bürger garantiert und sich einer Demokratisierung von Gesellschaft verpflichtet. Die institutionelle Umsetzung, und dies ist entscheidend, die institutionelle Untersetzung der sozialen Dienstleistungen aber nur dann übernimmt, wenn freie und private Initiativen nicht ein gleichwertiges Angebot machen. Das heißt, der Sozialstaat verpflichtet sich private und freie Verbänden und Initiativen zu finanzieren, wenn sie z.B. in den Regionen sozialstaatliche Dienstleistungen übernehmen.

Dies hat nun dazu geführt, dass in Deutschland seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein hochgradig professionalisiertes Feld von Verbänden und Vereinen sozialer Dienstleister in den Regionen existiert. Das Problem für unser Thema ist nur, dass sich diese Initiativen nicht als Bestandteil eines übergreifenden dritten Sektors verstehen, der seinen eigenen ökonomischen Platz in den Regionen erst erkämpfen muss. Diese sozialen Dienstleister verstehen sich viel mehr als halbstaatliche, semi-hoheitliche Organisationen.

Von diesem Punkt ausgehend möchte ich noch kurz einen zweiten Grund ansprechen, der eng mit dem ersten zusammenhängt und ebenso wichtig erscheint, um den dritten Sektor in Deutschland zu begreifen: Im Bereich des dritten Sektors in Deutschland existiert eine Arbeitsteilung, die so nicht in das Bild des dritten Sektors passt. Durch die enge sozialstaatliche Gebundenheit der Mehrheit der Organisationen sind diese in klare Aufgabengebiete unterteilt. Organisationen und Vereine in der Kinder- und Jugendhilfe haben z.B. kaum etwas mit Gesundheitsberatungsstellen gemeinsam. Sie sind unterschiedlichen sozialstaatlichen Sparten zuzurechnen. Daneben grenzen sich diese sozialstaatlich gebundenen Vereine auch noch von den anderen Initiativen wie den Sport-, Kultur- und Karnellsvereinen ab. Die Caritas, die Wasserwacht, die Briefmarkensammler und die Öko-Kommune haben sich bisher in Deutschland nur selten unter einem Dach zusammen gefunden. Im Bild des dritten Sektors sollten sie sich zumindest als Teile eines Bereiches verstehen.

Worum es mir in dieser kurzen geschichtlichen Ausführung geht, ist, darauf aufmerksam zu machen, dass man den dritten Sektor in Deutschland, der keineswegs geringer, wenn nicht gar stärker ausgebildet ist, als in anderen Ländern, dass man diesen dritten Sektor erstens nicht nur aus der lokalen und regionalen Struktur verstehen kann, sondern als Teil eines gestaltenden Sozialstaats. Oder anders ausgedrückt: Wer glaubt den dritten Sektor in Deutschland dadurch beleben zu können, dass der Sozialstaat privatisiert wird, irrt. Wir haben mit dem Subsidiaritäts-Prinzip eine Struktur der Verbindung von staatlichen und privaten Organisationen, die erst den dritten Sektor in Deutschland geschaffen hat.

Das Problem dieser Struktur scheint aber zweitens vor allem zu sein, dass sich die einzelnen Teile des Sozialstaates verselbständigt haben. Es besteht eine arbeitsteilige Struktur, die neu auf die sozialpolitischen Herausforderungen abzustimmen ist. Die sozialstaatliche Struktur muss, so hat es Adalbert Evers ausgedrückt, mit neuen zivilgesellschaftlichen Leben aus den Regionen durchzogen werden. Es muss, so könnte man auch formulieren, wieder Platz für soziale und bürgerschaftliche Konflikte in der sozialstaatlichen Struktur geschaffen werden. Es sollte wieder erkannt werden, dass diese Organisationen, die Organisationen der Menschen in den Regionen sind, in denen sie ihre Bedürfnisse einbringen und die Regionen mitgestalten können.

Notwendig erscheint darum auch einen neuen Wohlfahrts-Mix zuzulassen, in dem vor allem nicht staatlich geförderte Initiativen gleichberechtigt ihren Platz im dritten Sektor finden können. Wer also glaubt, dass es keiner Rede vom dritten Sektor bedarf, als Aufforderung zu neuen Kooperationsformen und bürgerschaftlichem Engagement und Konflikten in den Regionen, irrt auch. Denn so wird übersehen, dass das Subsidiaritäts-Prinzip und die bisherige Arbeitsteilung nicht den regionalpolitischen Aufgaben gerecht werden. Damit komme ich zu meinem zweiten kleinen Punkt, in dem ich vor diesem Hintergrund auf die besondere Situation in Ostdeutschland eingehen möchte.

2. Im Westen nichts Neues, aber im Osten

Wenn man nun die alte Arbeitsteilung überwinden will und nach Modellen für einen neuen zivilgesellschaftlichen Wohlfahrtsmix in Deutschland sucht, dann muss man den Blick nach Ostdeutschland richten. Während in Westdeutschland die Strukturen immer wieder reproduziert werden, ist in Ostdeutschland der dritte Sektor in Bewegung. Während im Westen sozialstaatliche Institutionen und bürgerschaftliche Vereine miteinander konkurrieren, gibt es in Ostdeutschland seit Anfang der neunziger Jahre eine Reihe von lokalen Initiativen und Projekten, die sich nicht in die Sparten von Kulturprojekten, soziale Dienstleistungen und Sport pressen lassen wollen.

Gerade in Ostdeutschland haben sich am Anfang der neunziger Jahre neue Formen lokal organisierter Unterstützungsstrukturen herausgebildet. Modelle zur sozialräumlichen Kooperation und Bündelung von Unterstützungsformen und Initiativen sind hier in Regionen und Kommunen entstanden. Auch der neue Boom der kommunalorientierten oder gemeinwesenbezogenen Initiativen kommt in erster Linie aus Ostdeutschland. Zudem haben viele zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Modelle gerade ihren Ursprungsmoment in der Umbruchszeit in Ostdeutschland. Gleichzeitig – dies zeigen Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement – haben kleine lokal agierende Initiativen hier eine größere Anerkennung als große Verbände. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass 15 % der Organisationen im Dritten Sektor in Deutschland zwischen 1990 und 1995 gegründet wurden, so fällt ein großer Anteil dieser Organisationen auf kleine regionale Initiativen in Ostdeutschland.

Diese Entwicklung der kleinen lokalen und regionalen Initiativen ist im Laufe der neunziger Jahre aber von einer anderen Entwicklung überdeckt worden. Durch die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist der Bereich des dritten Sektors zu einem Bereich

der Arbeitsmarktpolitik geworden. Grosse Maßnahmeträger, sog. Wohlfahrtstanker, die ebenfalls zum Dritten Sektor in Deutschland gehören, beherrschen das Feld in den Regionen. Sie führen – man kann schon fast sagen – Massenprogramme durch. Fast 54 % aller Beschäftigten im Dritten Sektor in Ostdeutschland arbeiteten in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bei Maßnahmeträgern, die als Beschäftigungsprojekte bezeichnet werden können, in Westen waren dies nur 24 %.

Doch spätestens seit dem Ende der neunziger Jahre ist dieser Trend einer heftigen Kritik unterzogen haben. Denn es wurde deutlich, dass die Arbeitslosen in diesen Maßnahmen nur geparkt werden. Die Maßnahmeträger zudem die lokale und regionale Dynamik nicht fördern, sondern unterdrücken. Gefordert wurde eine nachhaltige Regionalentwicklung, die regionale Netzwerke und einen regionalen Wohlfahrtsmix im dritten Sektor fördert - statt die finanziellen Energien in große Maßnahmecontainer zu vergeuden. Unsere Equal-Entwicklungspartnerschaft hat sich darum auch die Programmformel „Regionale Netzwerke statt Maßnahmen“ zu Eigen gemacht.

Anzukuipfen ist darum auch an die regionale Dynamik, wie sie sich am Anfang der neunziger Jahre in Ostdeutschland entwickelt hat. Man kann es auch anders sagen: Was wir brauchen ist eine Weiterentwicklung des Subsidiaritäts-Prinzip in die Richtung nachhaltiger Regionalentwicklung. Wir brauchen dementsprechend den Vorrang in der Förderung für die Organisationen, die sich vor Ort nachhaltig für die Region einsetzen und die lokale Vernetzung und Infrastruktur aufbauen. Es kann nicht in der Sozialpolitik darum gehen, diejenigen zu belohnen, die kurzfristig viele Menschen mit Bildungsmaßnahmen versorgen, aber die regionale Konflikte und Probleme übergehen. Sondern es muss darum gehen, die Initiativen zu unterstützen, die selbst in der lokalen Ökonomie tätig sind und die Menschen vor Ort in die soziale Gestaltung einbinden. Bisher spielt das Kriterium Regionalentwicklung im sozialstaatlichen Subsidiaritäts-Prinzip in Deutschland noch kaum eine Rolle, sodass große überregionale Maßnahmeträger mit lokalen Initiativen lediglich für den Einzelfall hinsichtlich ihrer Dienstleistungsqualität miteinander konkurrieren. Damit komme ich schon zum Schluss:

3. Berechtigte Hoffnungen? – auf dem Weg zu einer neuen Regionalpolitik

Wir vom Institut für regionale Innovation und Sozialforschung haben es uns darum zum Ziel gesetzt, die Ausbildung einer neuen Regionalpolitik in Ostdeutschland zu unterstützen. Wichtig erscheint es dabei für uns, nicht Augenwischerei zu betreiben und

zu glauben, dass ein neuer Wohlfahrtsmix und die Vernetzung von Organisationen im dritten Sektor allein aus den Regionen geschaffen werden kann. Im dritten Sektor ist aber die Idee der gemeinsamen Vernetzung angelegt. Es ist damit der Gedanke verbunden, dass der dritte Sektor einen Platz in der lokalen und überregionalen Ökonomie braucht und selbst zum Motor der Regionalpolitik werden kann.

Darum erscheint es aber grundlegend, dass genauso wie es selbstverständlich ist, dass der freie Markt und die Unternehmen eine regionale Infrastruktur braucht, dass es genauso selbstverständlich sein sollte, dass auch der dritte Sektor eine sozialstaatliche Infrastruktur braucht, die die lokalen Initiativen und Sozialbetriebe stärkt und den Bürgern deutlich werden lässt, dass ihre Mitgestaltung gewollt ist. Es ist in der Sozialpolitik kaum zu verstehen, warum wie selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass ein Unternehmen nur in die Region kommt, wenn die Stadt oder das Land eine ausreichende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Dagegen sollen sich Organisationen im dritten Sektor aus sich selbst heraus, aus ihrem privaten bürgerschaftlichen Engagement entwickeln, ohne eine Infrastruktur und eine verlässliche Perspektive.

Wenn es keine Infrastruktur zur Stärkung der Kooperation im dritten Sektor gibt, werden weiterhin überregionale soziale Maßnahmenträger die soziale Landschaft beherrschen. Diese schaffen aber lediglich ein Klima der Konkurrenz, in dem sich kaum neue Kooperationen und produktive Konflikte zwischen Kulturprojekten, kleinen Beschäftigungsinitiativen, den Betrieben vor Ort und der Landjugend entwickeln können. Eine subsidiär orientierte Regionalpolitik des Sozialstaats sollte eine entsprechende regionale Infrastrukturpolitik für den dritten Sektor betreiben. Vor Ort sind die Initiativen und Projekte, wie unsere Entwicklungspartnerschaft zeigt, vorhanden, die ein Motor für die Region werden könnten.

Darum sind Europäische Programme wie das Equal-Programm für uns auch so wichtig, da wir so für diese Regionalpolitik werben können und zeigen können, wie vielfältig der dritte Sektor in Deutschland ausgebaut ist. Sie sind für uns aber vor allem wichtig, da wir hier von internationalen Partnern lernen können. Damit möchte ich meine Ausführungen beenden. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Fragen und Diskussion

Werner Schnabel, Kanzler der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen

Frage: „Wer soll ihrer Meinung nach auf regionaler Ebene die Koordination/Steuerung eines Netzwerkes des Dritten Sektors wahrnehmen?“

Antwort **Dr. Schröder**, Technische Universität Dresden, IRIS Vorstand: „Es wird immer eine Kombination sein. Die Steuerungsfrage ist der Knackpunkt in der Diskussion. In anderen Ländern wird ja diskutiert, dass dies einer Form zivilgesellschaftlicher Selbstregulation überlassen bleibt. Die Frage in Bezug auf die deutsche Struktur ist: Wie kann man unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips ein Element zivilgesellschaftlicher Steuerung in diesen Prozess hineinbringen? Und wie man dann andere Organisationen und Institutionen, die nicht in sozialstaatlicher Förderung stehen, dort mit hinzuziehen will oder kann. Zurzeit diskutiert man darüber, dass in ganz anderer Form in den Regionen so genannte Gremien entstehen müssen, die nicht nur unter behördlicher Perspektive der verschiedenen Sparten stehen. Man kann aber zurzeit noch nicht sagen, dass es schon eine wirkliche Vorstellung gibt wie diese zivilgesellschaftliche Steuerung funktionieren soll. Meiner Meinung nach sind wir noch weit davon entfernt, dass man sagen kann, es gibt schon eine Steuerungs-idee für ein Netzwerk des Dritten Sektors. Oder, Dr. Arnold kennen sie eine, die wirklich funktionieren könnte?“

Helmut Arnold, Koordinator der EP „Arbeitsplätze für junge Menschen in der Sozialwirtschaft“, IRIS e.V.:

Dr. Schröder hat die Knackpunkte der aktuellen Diskussion in Deutschland kurz umrissen, wir sollten die Beiträge unserer italienischen KollegInnen unter diesem Gesichtspunkt prüfen und im Anschluss darüber sprechen ob es eine ähnliche Diskussion in Italien gibt oder wie die Erfahrungen unserer KollegInnen in Umbrien diesbezüglich sind. Und vielleicht hat Werner Schnabel auch selber eine Idee, die er uns dann in seinem Beitrag vorstellen kann.

Storia e significato del terzo settore in Germania – con particolare attenzione alla situazione nella Germania dell'est.

Dr. Wolfgang Schröer, Università Tecnica di Dresda, Presidente IRIS

Parlare del terzo settore è un'impresa temeraria, poiché quasi nessuno sa, cosa sia veramente il terzo settore. Sappiamo soprattutto che questo concetto si aggira continuamente nei programmi europei. Sappiamo anche che il concetto è stato coniato presumibilmente nell'area americana e che in futuro non potremo pensare alle regioni europee senza il terzo settore.

Infatti grandi aspettative e speranze della politica sociale e del lavoro sono collegate con il terzo settore. Il terzo settore è ritenuto un motore e futuro luogo di impiego; attraverso il terzo settore può essere regolata la trasformazione e la riorganizzazione degli stati sociali europei, attraverso il terzo settore vengono ripopolate le regioni, attraverso il terzo settore avviene la democratizzazione delle società europee e infine attraverso il terzo settore i servizi sociali in Europa diventano più efficienti ed economici. Coloro quindi che hanno introdotto questo concetto in politica avevano in mente qualcosa di importante e chi non vorrebbe scoprire un toccasana del genere.

Tuttavia se ora vogliamo trovare un accordo sul significato del concetto, possiamo passare una settimana a litigare sui concetti di terzo settore, terzo sistema, settore del terziario, economia sociale, economia del sociale e impresa sociale. Infine vorrei scommettere con voi, che non saremo diventati più astuti ma sapremo con più precisione quali sono i compiti socio-politici nei nostri paesi: come attualmente i servizi sociali in Europa vengono privatizzati, e come possiamo affrontarli.

Io vedo ora solo due possibilità. Innanzitutto lascio le cose come stanno e finisco la mia relazione nel punto in cui constato che il terzo settore è un'invenzione della politica sociale europea, anche se molti gruppi di ricerca europei non ci hanno potuto dare un quadro esatto di questa invenzione concettuale. Questa strada sarebbe troppo breve e sottovaluterebbe il significato politico del concetto. Così cerco di descrivere, come il

terzo settore possa essere collocato in Germania. Come possa essere contestualizzato nella storia dello stato sociale tedesca e quali speranze sono connesse con il nostro Istituto per la ricerca sull'innovazione sociale. Procedo in tre passi. Prima vorrei dire qualcosa sul rapporto fra stato sociale e terzo settore nella storia, dopo vorrei focalizzare la mia attenzione in particolare sulla Germania dell'est ed infine parlare delle speranze fondate che sorgono, quando pretendiamo una politica regionale nuova.

1. Stato sociale e terzo settore – uno sguardo all'indietro
2. In occidente niente di nuovo, bensì in oriente
3. Speranze fondate? In cammino verso una nuova politica regionale

1. Stato sociale e terzo settore – uno sguardo all'indietro

In Germania, come in altri paesi europei abbiamo al momento ancora il problema fondamentale, che il concetto “Terzo settore” è più una categoria collettiva che una descrizione sistematica di un settore di azione sociale condivisa. In effetti nelle regioni si crea continuamente una rete di associazioni, enti, imprese sociali e organizzazioni non profit. Esse cercano, e questa è la sfida più difficile, di equilibrare attraverso reti regionali la concorrenza e la cooperazione per rafforzare le regioni. Tuttavia la formula “Terzo settore” non è ancora il nome per un comune progetto politico-sociale. Ciò ha in Germania soprattutto cause storiche e politiche, che sono in relazione con lo sviluppo dello stato sociale. Vorrei nominare due motivi centrali.

Il primo motivo da considerare è che: le organizzazioni nel terzo settore in Germania si sono sviluppate soprattutto nel contesto di una politica di democratizzazione dello stato sociale e non a partire da iniziative comunali. In Germania abbiamo, grazie ad uno stato sociale attivo da molti anni, una molteplicità di organizzazioni operanti nel terzo settore. Ciò è dimostrato dall'età delle organizzazioni che imputiamo al terzo settore. Rudolph Bauer ha scoperto in uno studio sulle organizzazioni del terzo settore in Germania, che il 40% delle organizzazioni del terzo settore sono state fondate fra il 1918 e il 1933. Il 24% ha come data di fondazione gli anni fra il 1970 e il 1982 e il 15% nella Germania dell'est ha cominciato l'attività fra il 1990 e 1995. Bauer ha constatato che in questi tre periodi lo stato sociale ha investito in una politica democratica delle infrastrutture. Egli

vuol far presente che movimenti sociali e iniziative regionali erano e sono destinati ad infrastrutture dello stato sociale.

Questa struttura è da ricondurre al principio di sussidiarietà che è fondato nello stato sociale tedesco e viene attivato continuamente. Il principio di sussidiarietà prevede che lo stato sociale tedesco garantisca la sicurezza sociale dei cittadini ed ha l'obbligo di democratizzazione della società. Tuttavia esso si assume la realizzazione di servizi sociali solo nel caso in cui iniziative libere e private non facciano un'offerta equivalente.

Ciò significa che lo stato sociale si obbliga al finanziamento di associazioni private e libere iniziative, nel momento in cui, per esempio nelle regioni, esse assumono servizi dello stato sociale.

Di conseguenza esiste in Germania dagli anni venti del ventesimo secolo un settore altamente professionalizzato di associazioni ed enti che si occupano di servizi sociali nelle regioni. Il problema per il nostro tema è che queste iniziative non si considerano parte di un terzo settore che deve lottare per una propria collocazione economica nelle regioni. Questi servizi sociali si considerano organizzazioni semi-statali, semi-sovrane.

Partendo da questo punto vorrei passare ad un altro motivo, che è stretta relazione con il primo ed è parimenti importante per capire il terzo settore in Germania: all'interno del terzo settore in Germania esiste una divisione del lavoro, non confacente alla descrizione del terzo settore. A causa del loro stretto legame con lo stato sociale la maggior parte delle iniziative vengono suddivise per sfere di competenza. Organizzazioni e associazioni per l'assistenza giovanile e dell'infanzia hanno raramente qualcosa in comune con centri di consulenza sulla salute. Sono da imputare a diverse competenze dello stato sociale. Inoltre queste associazioni si distinguono da altre iniziative, quali quelle sportive, culturali. La caritas, il salvataggio nautico e i collezionisti di francobolli e le comuni ecologiche si sono trovate raramente sotto lo stesso tetto in Germania. Dovrebbero almeno sentirsi parte di uno stesso ambito, quello del terzo settore.

Con questa delucidazione storica vorrei condurre l'attenzione sul fatto che il terzo settore in Germania, il quale non è ne meno, nè più sviluppato che in altri paesi, non

può essere compreso solamente a partire dalle strutture locali e regionali, ma soprattutto come parte di uno stato sociale organizzato.

Il problema di questa struttura sembra tuttavia consistere soprattutto nel fatto che le singole parti dello stato sociale hanno acquisito una loro autonomia. Esiste una struttura di divisione del lavoro, che è da conciliare nuovamente con le sfide politico-sociali. La struttura dello stato sociale deve, così si è espresso Adalbert Evers, essere penetrata da una nuova vita civile e sociale dalle regioni. Si potrebbe anche dire che deve essere creato di nuovo un posto per i conflitti sociali e civili. Deve essere riconosciuto che queste organizzazioni sono organizzazioni per l'uomo nelle regioni, nelle quali essi possono riporre le loro esigenze

Sembra quindi anche necessario permettere un nuovo welfare mix, nel quale iniziative non incentivate dallo stato possono trovare il loro posto nel terzo settore. Chi crede, che non si debba parlare del terzo settore per esortare nuove forme di cooperazione e di impegno civile e di conflitti nelle regioni, si sbaglia. Perché così viene ignorato il fatto che il principio di sussidiarietà e la divisione del lavoro attuale non adempiono i compiti politico-regionali. E con questo sono arrivato al mio secondo punto, con il quale vorrei trattare la particolare situazione nella Germania dell' Est.

2. In occidente niente di nuovo, bensì in oriente

Se si vuole superare la vecchia divisione del lavoro e se si cercano in Germania nuovi modelli per un nuovo welfare-mix sociale e civile, bisogna rivolgere lo sguardo alla Germania dell'est. Mentre nella Germania occidentale le strutture vengono continuamente riprodotte, il terzo settore è in Germania orientale in movimento. Mentre all' Ovest le istituzioni dello stato sociale e le associazioni civili sono in concorrenza fra di loro, vi sono in Germania occidentale dall' inizio degli anni novanta una serie di iniziative locali e progetti, che non vogliono lasciarsi pressare

Proprio nella Germania dell'Est si sono formate all'inizio degli anni novanta nuove forme di strutture locali di supporto, organizzate. Sono sorte nelle regioni e nei comuni modelli di cooperazione sociale e intrecci di forme di sostegno e di iniziative. Anche il nuovo boom di iniziative di tipo comunale e orientate alla comunità provengono in prima linea dalla Germania orientale. Contemporaneamente – e questo lo dimostrano inchieste sull'impegno civile – le piccole iniziative che agiscono a livello locale sono

apprezzare maggiormente delle grandi associazioni. Quando precedentemente affermai che il 15% delle organizzazioni del terzo settore in Germania é state fondate fra il 1990 e il 1995, ora devo dire che una notevole parte di queste organizzazioni si colloca all'interno di piccole iniziative regionali nella Germania dell'est.

Questo sviluppo di piccole iniziative locali e regionali è stato celato nel corso degli anni novanta da un altro sviluppo. A causa della disoccupazione elevata il terzo settore è diventato in Germania dell'Est un ambito della politica del mercato del lavoro. Gli attori dei provvedimenti, i cosiddetti Wohlfahrtstanker (cisterne del benessere), che in Germania appartengono anche al terzo settore, dominano il campo nelle regioni. Attuano – si può quasi dire – programmi di massa. Quasi il 54% degli occupati nel terzo settore in Germania dell' est lavorava nella seconda metà degli anni novanta nell'ambito di questi programmi, i quali possono essere designati come progetti di occupazione, mentre all'Ovest erano il 24%.

Tuttavia dalla fine degli anni novanta questo trend è stato sottoposto ad una aspra critica. Infatti divenne chiaro che i disoccupati venivano solo parcheggiati in questi provvedimenti. I sostenitori dei provvedimenti inoltre non incentivano la dinamica locale e regionale ma la reprimono. Venne pretesa uno sviluppo regionale duraturo, che incentivi reti regionali e un welfare-mix regionale nel terzo settore – invece di sprecare energie finanziarie in container di provvedimenti. Il nostro partenariato “Equal” ha fatto per questo propria la formula del programma “Reti regionali invece di provvedimenti.

Bisogna quindi riallacciarsi alla dinamica regionale, come si è sviluppata all'inizio degli anni novanta nella Germania dell'est: ciò di cui abbiamo bisogno è un ulteriore sviluppo del principio di sussidiarietà in direzione di uno sviluppo regionale durevole. Abbiamo bisogno quindi di dare precedenza alla promozione di organizzazioni, che si impegnano in loco per la regione e costruiscono una rete locale e infrastrutture. La politica sociale non deve premiare coloro che emanano provvedimenti a breve termine per la formazione di molte persone e che così sorvolano i conflitti regionali e i problemi. Al contrario la politica sociale deve sostenere le iniziative, che operano nell'economia locale e che coinvolgono in loco gli individui nella progettazione sociale. Il criterio di uno sviluppo regionale nell'ambito del principio di sussidiarietà dello stato sociale ha un ruolo secondario. Manca la cooperazione fra grandi organizzazioni sovregionali e

iniziative locali in quanto sono in concorrenza per i singoli casi e per migliorare la qualità dei servizi. E con ciò sono alla fine.

3. Speranze fondate? In cammino verso un nuova politica regionale







Noi dell'Istituto per l'innovazione e la ricerca sociale ci siamo dati come obiettivo, di sostenere la formazione di una nuova politica regionale nella Germania dell'est. Riteniamo non sia importante credere che un nuovo welfare mix e la le rete di organizzazioni nel terzo settore possano essere creati a partire solo dalle regioni. L'idea di una rete comune e' comunque un'idea costitutiva del terzo settore. Per questo motivo il terzo settore ha bisogno di un posto nell'economia locale e sovraregionale e può diventare il motore di una politica regionale.

Appare quindi ovvio che il libero mercato e le imprese abbiano bisogno di una infrastruttura regionale che rafforzi le iniziative locali e le aziende sociali e coinvolga i cittadini nelle attività organizzative. La politica sociale comprende difficilmente che anche le organizzazioni del terzo settore hanno bisogno di infrastrutture: così come è dato per scontato che organizzazioni economiche si insedino nella regione solo se vi sono infrastrutture adeguate, sembra ovvio che le organizzazioni del terzo settore si sviluppino da sé con l'impegno dei cittadini, senza infrastrutture e prospettive attendibili.

Se non c'è un'infrastruttura per il rafforzamento della cooperazione nel terzo settore, in futuro saranno operatori sociali sovraregionali a dominare il campo sociale. Ma questi creano solamente un clima di concorrenza nel quale difficilmente si svilupperanno cooperazioni e conflitti produttivi fra progetti culturali, fra iniziative per l'occupazione, fra aziende in loco e gioventù local. Una politica regionale dello Stato sociale orientata al principio di sussidiarietà dovrebbe esercitare una corrispettiva politica regionale per la creazione di infrastrutture per il terzo settore. Iniziative e progetti come il nostro partenariato sono esempi in loco che possono diventare un motore per la regione.

Per questo programmi europei come il programma Equal sono importanti in quanto si può così dimostrare.

Thesen

-  Organisationen im Dritten Sektor in Deutschland entwickelten sich vor allem im Kontext einer sozialstaatlichen Demokratisierungspolitik
-  Organizzazioni del terzo settore in Germania si sviluppano soprattutto nel contesto di una politica di democratizzazione dello Stato sociale.
-  .Im Bereich des Dritten Sektors in Deutschland existiert eine Arbeitsteilung, die so nicht in das Bild des Dritten Sektors passt.
-  Nell'ambito del terzo settore in Germania esiste una divisione del lavoro che non corrisponde all'immagine del terzo settore.
-  Im sozialstaatlichen Subsidiaritätsprinzip hat Regionalentwicklung als Leitmotiv bislang wenig Bedeutung. Es fehlt eine Kooperation von großen Trägern und lokalen Initiativen hinsichtlich regionaler Gestaltung. Vorherrschend ist die Konkurrenz um den Einzelfall und um die Verbesserung der internen Dienstleistungsqualität.
-  L'obiettivo principale di uno sviluppo regionale nell'ambito del principio di sussidiarietà dello stato sociale ha un ruolo secondario. Manca la cooperazione fra grandi organizzazioni e iniziative locali in quanto sono in concorrenza per i singoli casi e per migliorare la qualità dei servizi.

Der Dritte Sektor in Italien: Institutionen, Funktionen und Strategien

von Vincenzo Castelli, Projektleiter der Entwicklungspartnerschaft „Emporio Lavoro“ und Experte des Dritten Sektors in Italien

0- Phänomenologische Daten des Dritten Sektors

- In Italien sind 221412¹ gemeinnützige Institutionen tätig;
- Davon sind 61313 anerkannt und 140746 nicht anerkannt
- 50% der Organisationen des Dritten Sektors befinden sich in Nord- und Mittelitalien
- 2/3 der Organisationen üben ihre Haupttätigkeit im soziokulturellen Sektor aus (Sozialdienstleistungen – Kultur – Sport und Unterhaltungsdienstleistungen)
- 55% sind im letzten Jahrzehnt gegründet worden
- Im Dritten Sektor gibt es 630000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Der jährliche Umsatz des Dritten Sektor beträgt 40000 Millionen Euro
- Die Finanzierung erfolgt zu 86% aus privaten und zu 14% aus öffentlichen Quellen

1. Hintergrundelemente des Dritten Sektor

- Bezeichnung der Unternehmen des Dritten Sektors: „Rechtliche oder Soziale Einrichtungen, gegründet zum Zwecke der Produktion von Gütern und Dienstleistungen, deren Status keinen Gewinn, Ertrag oder andere Einkommen zugunsten der Einheiten, die sie konstituieren, kontrollieren oder finanzieren, gestattet“²
- Unternehmen des Dritten Sektors werden auch im Bereich der Industrie und des Agrarwesens tätig (vgl. aktive Minderheitengruppen – no global...)
- Der Dritte Sektor ist gekennzeichnet durch seine lange Identitätsgeschichte und durch einige traditionelle Faktoren wie:

¹ ISTAT Daten 2001

² UNO 1993

- Katholisch - mit einerseits einer rettenden Ader und dem Makel des traditionell, überholten Betreuungswesens, und andererseits dem Charakter innovativer Bewegungen
 - Links - selbstverständlich von politischem und nicht parteiischem Niveau, mit innovativem Charakter hinsichtlich der Praktiken und Methoden
 - Charismatisch - viele italienische Organisationen des Dritten Sektors sind durch Gründung durch „öffentliche Persönlichkeiten“ entstanden – vgl. Organisationen, die durch den Einfluss „charismatischer“ Personen entstanden sind
 - Selbstreferentiell - oft sind die Organisationen des Dritten Sektors sehr selbstständig, autonom und haben große Schwierigkeiten in der Gemeinschaft, hinsichtlich einer gemeinsamen Strategie mit anderen Nonprofit-Einrichtungen zusammen zu arbeiten
 - Professionell - einerseits kennzeichnet die Einrichtungen des Dritten Sektors eine progressive Steigerung der Fähigkeiten und der Kompetenzen , zusammen mit der Überwindung der „sozialen Laientums“, in Richtung einer Erbringung von Leistungen wachsender Qualität; andererseits bleibt eine „leidenschaftliche“ Dimension in den Nonprofit-Einrichtungen
 - Ethisch - weiter will man den Leistungen dieses Sektors eine besondere ethische Bedeutung geben, die fähig ist strukturelle Aufmerksamkeit auf den Menschen zu sichern und die unveräußerliche Werte in der Beziehung Person-Leistung zu schützen
- Dritter Sektor ist der Hauptfaktor im Aufbau des Sozialstaates. Und zwar durch:
 - Vorwegnehmende Dimension - hinsichtlich neuer Phänomene des gesellschaftliches Unbehagens, hinsichtlich neuer Anwendungsmethoden, hinsichtlich neuer Instrumente/Mittel
 - Kreative Dimension - im Aufbau innovativer Sozialpolitik- vgl. Maßnahmen zum Abbau von Schäden – Maßnahmen für die städtische Sicherheit – Maßnahmen zur interkulturellen Vermittlung – Aktivitäten zur Gleichstellung etc.
 - Teilnehmerische Dimension - vgl. Teilnahme von „unten“ – Aufbau von integrierten sozialen Netzen – Strategie der Definition des „Wohlfahrts-Mixes“ etc.
 - Die vielschichtige und gegliederte Beziehung mit der Öffentlichkeit (welche, insbesondere von den 60er bis 90er Jahren, eine fremde, gleichgültige, verspätete

und oft stark bürokratische Rolle im Aufbau der Sozialpolitik hatte). Es ist daher notwendig folgende Punkte zu beachten:

- vom Auftrag zur Co-planung
- von der Selbstreferentialität zum Aufbau des „Wohlfahrts-Mixes“
 - ⇒ *vgl. Rolle der Öffentlichkeit:*
 - Politische Verantwortung
 - Bestimmung der quantitativen und qualitativne Indikatoren
 - Co-planung
 - Bewertung der Tätigkeiten
 - Verwaltungsmanagement
 - Finanzierung
 - ⇒ *vgl. Rolle des Dienstleistungssektors*
 - Co-Planung
 - Dienstleistungsmanagement
 - Co-Bewertung der Tätigkeiten
 - Co-Finanzierung
- Von der Fürsorge und Wohltätigkeit zum Aufbau des Rechts auf Sozialleistungen für alle Bürger
- Vom Welfare State (Aufbau des Sozialstaates) zur Welfare community, um Welfare Market zu verhindern (Privatversicherung, als Vorrecht für Wenige). vgl. dazu die Subsidiaritätsrolle des Dienstleistungssektors, anerkannt vom Rahmengesetz über die Sozialpolitik (Gesetz n.328/2000)

2. Die Institutionen des Dienstleistungssektors

- I.** Vereinigungen ehrenamtlicher Sozialarbeit (Gesetz n. 266/91)
- II.** Vereinigungen zur Sozialförderung (Gesetz n.383/2000)
- III.** Sozialgenossenschaften (Gesetz n.381/91)
- IV.** Wohltätige Vereine (durch Verordnung des Präsidenten der Italienischen Republik)
- V.** Nicht-staatliche Einrichtungen (ong)- durch das Außenministerium geregelt
- VI.** Stiftungen (vgl. Bankstiftungen)
- VII.** Kircheneinrichtungen
- VIII.** Ehem. IPAB (“Istituti pubblici di assistenza e beneficenza”: Öffentliche Fürsorge- und Wohltätigkeitsrichtungen)
- IX.** ONLUS (“Organismi non lucrativi sociali” Sozialeinrichtungen ohne Gewinnzwecke - Gesetzesverordnung n.460/97)

3. Kritische Punkte

- Die verbleibende politische Stärke des Dritter Sektor (vgl. die niedere „politische“ Rolle des regionalen und nationalen Forums des Dritten Sektors)
- Das Überwinden der „Unsicherheit“ des Dritten Sektors, von einem Vertrags- (hinsichtlich des Öffentlichkeitssektors), Wirtschafts- (hinsichtlich konstanter und stabiler Finanzierungen), Beschäftigungsgesichtspunkt (hinsichtlich innovativer Beschäftigungsbereiche)
- Das Strukturieren des Dritten Sektors gegenüber dem Auftauchen des Sozialmarktes (vgl. die Rolle der Sozialunternehmen, der ethische Finanz, der Gütezeichen...).

Ergänzende Informationen:

Sozialgenossenschaften in Italien³

1991 wurde ein Gesetz zur Regelung der Sozialen Kooperativen erlassen, das faktisch ihre staatliche Anerkennung als eigene Unternehmensform und ihre (besondere) steuerliche Förderungswürdigkeit bedeutet. Sie müssen sich als „cooperativa sociale“ bezeichnen und die Kriterien der Gegenseitigkeit erfüllen. Eine Prüfung dazu findet jährlich statt.

Die ItalienerInnen unterscheiden drei Typen Sozialer Kooperativen:

1. die Soziale Kooperative als Behinderten-Kooperative
2. die Kooperative sozialer Solidarität (mit Freiwilligen)
3. die Soziale Kooperative für soziale Dienste (Professionelles Unternehmen).

Produktivgenossenschaften mit Behinderten

Eine Behinderten-Kooperative ist eine Produktivgenossenschaft. Sie hat als soziales Ziel, ihren Mitgliedern, darunter ein Anteil körperlich oder seelisch Behinderter, Arbeit und Einkommen zu verschaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, produziert sie Waren oder Dienste direkt für den Markt oder für öffentliche Einrichtungen. Die soziale Basis besteht aus mitarbeitenden Mitgliedern und/oder Familienangehörigen der behinderten Mitglieder. Diese Art Kooperative ist hauptsächlich infolge der Öffnung psychiatrischer Anstalten entstanden. Die Finanzierung erfolgt etwa zur Hälfte durch Verkaufserlöse produzierter Waren und Dienste, zur Hälfte aus Staatsmitteln.

Behinderten-Kooperativen stellen in Bereichen wie Landwirtschaft, Industrie, Handel und im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze für Behinderte bereit. Um Förderungen zu erhalten, müssen in ihnen mindestens 30% der Arbeitskräfte Behinderte sein. Sie sollten, sofern ihr subjektiver Zustand das zulässt, auch Mitglieder der Genossenschaft sein. Als Behinderte gelten physische, psychische und geistig Behinderte, ehemalige Insassen psychiatrischer Kliniken, Personen in psychiatrischer Behandlung, Drogen- und Alkoholabhängige, Minderjährige aus Problemfamilien und bestimmte Strafgefangene, die zum alternativen Strafvollzug verurteilt wurden. Ihnen werden die Beiträge zur

³ Dietrich Haensch ,in: Contraste, Genossenschaftsseite, Juli/August 1997

obligatorischen Sozialversicherung, und zwar sowohl der Arbeitgeber- wie auch der Arbeitnehmeranteil, erlassen. Im übrigen gelten die Steuererlasse bzw. -ermäßigungen wie für Produktivgenossenschaften und Vergünstigungen beim Erwerb oder Anmieten von Immobilien.

Ehrenamtliche soziale Arbeit

Die oft katholisch orientierte Kooperative sozialer Solidarität hat zum Ziel, aus Gründen der Solidarität soziale Hilfestellungen zu geben. Arbeit und Einkommen stellen nicht die primäre Motivation der Mitglieder dar. Das sind zu einem Gutteil unbezahlte Freiwillige („capelli bianchi - die Weißhaarigen“). Von ihnen gibt es etwa 800.000, in etwa 1.000 Gruppen organisiert. Die Mitglieder beziehen nicht notwendig auch ein Einkommen. Der Nutzen dieser Form von Kooperative kommt vor allem Benachteiligten zugute, die nicht Mitglieder der Kooperative sind.

Das Statut kann vorsehen, daß ein Teil der Mitglieder ihre Zahl darf die Hälfte der ordentlichen Mitglieder nicht überschreiten - freiwillige Mitglieder sein können, die ihre Arbeit gratis einbringen. Sie fallen nicht unter Tarifverträge und Arbeitsrecht mit Ausnahme der Versicherungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten für die vom Sozialminister in Anlehnung an die Preisentwicklung unter Berücksichtigung der jeweiligen Leistung spezielle Tarife festgesetzt werden. Nachgewiesene Spesen, und nur diese, werden ihnen im Rahmen des üblichen ersetzt. Im übrigen erfolgt keine Bezahlung.

Diese Kooperativen sind nicht unumstritten. Folgende Regelungen spiegeln die vorausgegangenen Konflikte mit Belegschaften und ihren Gewerkschaften wider. Für die sozial-gesundheitlichen und erzieherischen Kooperativen, die Verträge mit öffentlichen Einrichtungen haben, gilt: Die Leistungen der freiwilligen Mitglieder müssen die nach den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Leistungen ergänzen und nicht etwa ersetzen. Die Leistungen der Freiwilligen gehen nicht in die Entstehungsrechnung der Kosten für die Dienste ein, mit Ausnahme der Kosten für die Berufsgenossenschaft und der Spesen.

Professionelle soziale Dienstleistungen

Eine Kooperative für soziale Dienste ist eine Produktivgenossenschaft Flieger aus qualifizierten professionellen Mitgliedern. Sie produzieren für öffentliche Einrichtungen, aber auch direkt für Klienten, Waren oder Dienste und finden dadurch Arbeit und

Einkommen. Diese Kooperativen entstehen vor allem dort, wo der öffentliche Dienst Teilbereiche sozialer Einrichtungen privatisiert. Es handelt sich um ganz normale kooperative Unternehmen, die eben im Sozialbereich tätig sind und mit anderen Firmen im Wettbewerb stehen. Sie wählen die Form der Kooperative nicht zuletzt wegen der steuerlichen Vergünstigungen und wegen der Selbstverwaltung („senza padrone, ohne Boss“). Diese Form wird vor allem durch den linksgerichteten Kooperativenverband Lega und die Gewerkschaften gefördert.

1995 räumte die italienische Gesetzgebung den Kooperativen zwei Rechte ein, auf die viele gewartet haben: das Recht, schon mit fünf Personen (statt bisher neun, die oft schwer zu finden waren) eine Kooperative zu gründen, und das Recht, die Gesellschaft ohne Wahl eines Vorsitzenden kollektiv zu leiten. Viele Kooperativen nehmen das Prinzip „ohne Boss“ sehr ernst und wähl(t)en nur widerwillig einen Präsidenten. Beide neuen Rechte erleichtern die Gründung kleiner Kooperativen.

(aus: Contraste, Genossenschaftsseite, Juli/August 1997)

Kontakt Autor: [e-mail: d.haensch@mbox.ipw.uni-hannover.de](mailto:d.haensch@mbox.ipw.uni-hannover.de)

Il Terzo settore italiano: i soggetti, le funzioni e le strategie

Sig. Vincenzo Castelli – Direttore del Progetto EQUAL “Emporio Lavoro” ed esperto di economia sociale

1. *Dati fenomenologici del Terzo Settore*

- Le istituzioni no-profit attive in Italia sono 221.412 ;
- Di esse sono 61.313 le associazioni riconosciute, mentre sono ben 140.746 quelle non riconosciute
- Il 50% degli organismi del Terzo Settore sono localizzati al Centro-Nord
- I 2/3 degli organismi svolgono l'attività prevalente nel settore socio-culturale (servizi sociali- cultura- sport e servizi ricreativi)
- Il 55.2% è nato nell'ultimo decennio
- Sono ben 630.000 i lavoratori retribuiti nel Terzo Settore
- Il fatturato annuo del TS è di 40.000 milioni di Euro
- Rispetto alle fonti di finanziamento l'86% registra entrate di origine privata, mentre il 14% da fonte pubblica

2. *Elementi di scenario del Terzo Settore*

- Definizione: “Enti giuridici o sociali creati allo scopo di produrre beni e servizi il cui status non permette loro di essere fonte di reddito, profitto o altro guadagno finanziario per le unità che le costituiscono, controllano o finanziano” .
- Terzo Settore da correlarsi all'interno di una comparazione tra il primo settore (pubblico) ed il secondo (economia e produzione) con una sopravvenienza del quarto settore (Cfr. gruppi di minoranze attive-no global- gruppi di base..)
- La lunga storia identitaria del Terzo settore (attraverso alcuni immagini standardizzate)
 - Cattolico (con un gene di carattere salvifico, con tare di tipo vetero-assistenziali da una parte, con il rovescio della medaglia costituito da un gene movimentista di tipo innovativo dall'altra)
 - Di sinistra (a livello ovviamente politico e non partitico con un gene innovativo rispetto alle pratiche ed alle metodologie)

- Carismatico (molti organismi del Terzo Settore italiani sono nati a partire da alcuni fondatori- Cfr. gli organismi nati nell’ambito delle dipendenze a partire da alcune figure “carismatiche”)
 - Autoreferenziale (spesso gli organismi del Terzo Settore sono fortemente autarchici, autocefali e con grande difficoltà a lavorare in rete, all’interno di una strategia condivisa con altri enti no-profit)
 - Professionale (si assiste ad un progressivo aumento delle capacità e competenze espresse dagli organismi del Terzo Settore, con il superamento della “praticoneria sociale”, con l’attenzione sempre più posta alla erogazione di servizi di qualità per un lato; dall’altra parte continua a persistere una dimensione “passionale” della frontiera da parte degli enti no-profit)
 - Etica (si vuole continuare a dare alle prestazioni da parte degli organismi del Terzo Settore una plus-valenza etica in grado di garantire quella attenzione strutturale alla persona, ai valori inalienabile nella relazione persona-servizio)
- La primattorialità del Terzo Settore nella costruzione dello Stato Sociale. Ciò attraverso:
- La dimensione anticipatrice (rispetto a nuove fenomenologie del disagio sociale, rispetto a nuove metodologie applicative, rispetto a nuove strumentazioni)
 - La dimensione creativa (nella costruzione delle politiche sociali innovative- Cfr. interventi di riduzione del danno- interventi di sicurezza urbana- interventi di mediazione interculturale- azione di formazione “pari”...)
 - La dimensione partecipativa (Cfr. la partecipazione dal “basso”- la costruzione di reti sociali integrate- la strategia della definizione del Welfare Mix...)
- Il complesso ed articolato rapporto con il pubblico (che ha avuto un ruolo, dagli anni ’60 agli anni ’90 in particolare, estraneo, indifferente, in ritardo, spesso con forte burocrazia, nella costruzione delle politiche sociali). In particolare emerge la necessità di passare:
- Dalla delega alla co-progettazione
 - Dall’auto-referenzialità alla costruzione del Welfare Mix (cfr. il ruolo del Pubblico=

⇒ *Responsabilità politica*

- Definizione degli indicatori quanti - qualitativi
- Co-progettazione
- Valutazione delle azioni
- Controllo di gestione
- Finanziamento

⇒ *cfr. il ruolo del TS - Co-progettazione*

- Gestione dei servizi
- Co-valutazione delle azioni
- Co-finanziamento)

- Dall'assistenza e beneficenza alla costruzione del diritto al servizio sociale per tutti i cittadini
- Dal Welfare State (costruzione dello Stato Sociale) al Welfare community per evitare il Welfare Market (assistenza privatistica, appannaggio di pochi). Cfr. il ruolo di sussidiarietà riconosciuto al Terzo Settore nella Legge Quadro sulle politiche sociali (Legge n.328/2000)

2. I soggetti del Terzo Settore

- I. Associazioni di Volontariato (Legge n.266/91)
- II. Associazioni di Promozione Sociale (Legge n.383/2000)
- III. Cooperative sociali (Legge n.381/91)
- IV. Enti Morali (tramite Decreto del Presidente della Repubblica)
- V. Organismi non governativi (ong)- regolamentati dal Ministero degli Esteri
- VI. Fondazioni (Cfr. le Fondazioni bancarie)
- VII. Organismi ecclesiastici
- VIII. Ex IPAB (Istituti pubblici di assistenza e beneficenza)
- IX. ONLUS (Organismi non lucrativi sociali- ai sensi del Decreto Legge n.460/97)

3. Nodi di criticità

- Il residuale spessore politico del Terzo Settore (Cfr. il ruolo di basso profilo “politico” del Forum nazionale- e regionale- del Terzo Settore)
- Come superare la “precarietà” del Terzo Settore a livello contrattuale (rispetto al settore pubblico), economico (finanziamenti stabili e costanti), occupazionale (rispetto ai bacini occupazionali innovativi)

- Come strutturare il Terzo Settore di fronte all'emersione del Mercato sociale (Cfr. il ruolo dell'impresa sociale, della Finanza etica, del marchio di qualità...).



Die Sozialreform: Beziehungen zwischen öffentlichen Einrichtungen und Organisationen des Dritten Sektors. Erfahrungen aus der Region Umbrien und Beispiele für „good practice“

Wladimiro Bocalli – Sozialdezernent der Stadt Perugia – Verantwortlicher der Stadt Perugia für das Equal – Projekt „Emporio Lavoro“

Ich werde über zwei Gesetze sprechen, welche die Sozialreform in Italien bestimmt haben. Zum einen ein Gesetz aus dem Jahr 2000: die Reform der Konstitution (Titel 5) über die Kompetenzen der Gemeinden, Provinzen und Regionen. Dieses Gesetz behandelt das Subsidiaritätsprinzip. Es existieren zwei Linien der Subsidiarität: eine vertikale Linie vom Staat zum lokalen Markt, also den Provinzen, Regionen und Gemeinden, und eine horizontale Linie des Subsidiaritätsprinzips zwischen der lokalen Verwaltung und der Gemeinschaft, sprich der Zivilökonomie oder dem dritten Sektor.

Ein anderes reformierendes Gesetz ist das Gesetz über die Integration des Sozialsystems. Dieses Gesetz spricht über ein generelles Prinzip der Sozialdienstleistungen. Das Gesetz behandelt die Beteiligung der Familien an der Finanzierung der Dienstleistungen. So werden von den italienischen Familien und den ausländischen Familien, die in Italien leben, die Dienstleistungen ko- finanziert.

Mit diesen sozialen Dienstleistungen ist auf der einen Seite eine häusliche Betreuung von Senioren und Behinderten gemeint. Diese Dienstleistungen integrieren auch kleine Gemeinschaften, die sich um Benachteiligte kümmern, Strukturen bzw. Institute für benachteiligte Personen, die sich nicht selbständig versorgen können sowie auch Interventionen und ökonomische Unterstützungen für Menschen, denen nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. All diese Interventionen haben das Ziel eine soziale Einbindung zu schaffen. Dies erfolgt durch Interventionen, die Bildung und Ausbildung, die Eingliederung in die Arbeitswelt und die Selbständigkeit der Menschen fördern. Die Verantwortung dieser Interventionen liegt bei den öffentlichen Einrichtungen.

Der Staat kümmert sich in erster Linie um die Ziele, die er in der Sozialpolitik bestimmt hat und ihm obliegt die Verantwortung, dass die Dienstleistungen im gesamten nationalen Gebiet gleich sind. Er entscheidet auch über die Professionen, welche die Arbeit machen müssen und über die Verteilung der ökonomischen Ressourcen an die Regionen. Die Regionen haben die Aufgabe die Programmierung zu leiten, und die Interventionen zu koordinieren. Insbesondere müssen die Regionen die Interventionen bezüglich der Ausbildung und der Arbeitspolitik aufeinander abstimmen. Eine andere wichtige Kompetenz der Regionen ist die Entscheidung über die Kofinanzierung der Familien, also der Bevölkerung, die einen Anteil der Kosten für die sozialen Dienstleistungen mittragen.

Die Gemeinde spielt eine sehr wichtige Rolle, da sie der Motor ist, um den Dritten Sektor zu aktivieren. Die Gemeinde muss die Projekte erstellen und das Netzwerk aktivieren. Weiterhin hat sie auch die Aufgabe die Qualität zu garantieren und die Rechte der Bürger zu schützen.

Das Netzwerk muss die Qualität der Interventionen im lokalen Gebiet garantieren. Die Gemeinde gibt, sowohl den Trägern des Dritten Sektors, als auch den einzelnen Bürgern, Beratung und Orientierung. Die Gemeinde muss sich um die nötigen Interventionen kümmern z.B. für Menschen, die keine Wohnung haben, oder im Krankheitsfall versorgt werden müssen. Auch müssen alle Institute oder Gemeinschaften, die sich um benachteiligte Personen kümmern, von der Gemeinde betreut werden. Besonders wichtig sind die Interventionen für die häusliche Betreuung der Benachteiligten und für Familienhilfen. Diese Leistungen können auch durch sozialprivate Träger des Dritten Sektors erbracht werden, aber die Gemeinde muss diese kontrollieren, um ein Minimum an Standard und Qualität zu gewährleisten. Durch dieses System soll transparent sein, wer welche Kompetenz hat, und die Bürger können sich über die Qualität der Leistung, die sie erhalten, sicher sein. Für das Funktionieren des Systems ist die Beteiligung der Gemeinde, dem Dritten Sektor und dem Bürger an der Planung der Interventionen und das Aushandeln der Interventionen ausschlaggebend. Ermöglicht werden kann dies durch die „piani di zona“. Dies sind Gebietsplanungen, die von jeder Gemeinde und Region realisiert werden. An dieser Planung sind öffentliche Einrichtungen, wie die Gemeinde, Schulen, Strafvollzugs-anstalten etc. und private Institutionen, also Organisationen des Dritten Sektors beteiligt, welche in diesem Gebiet arbeiten.

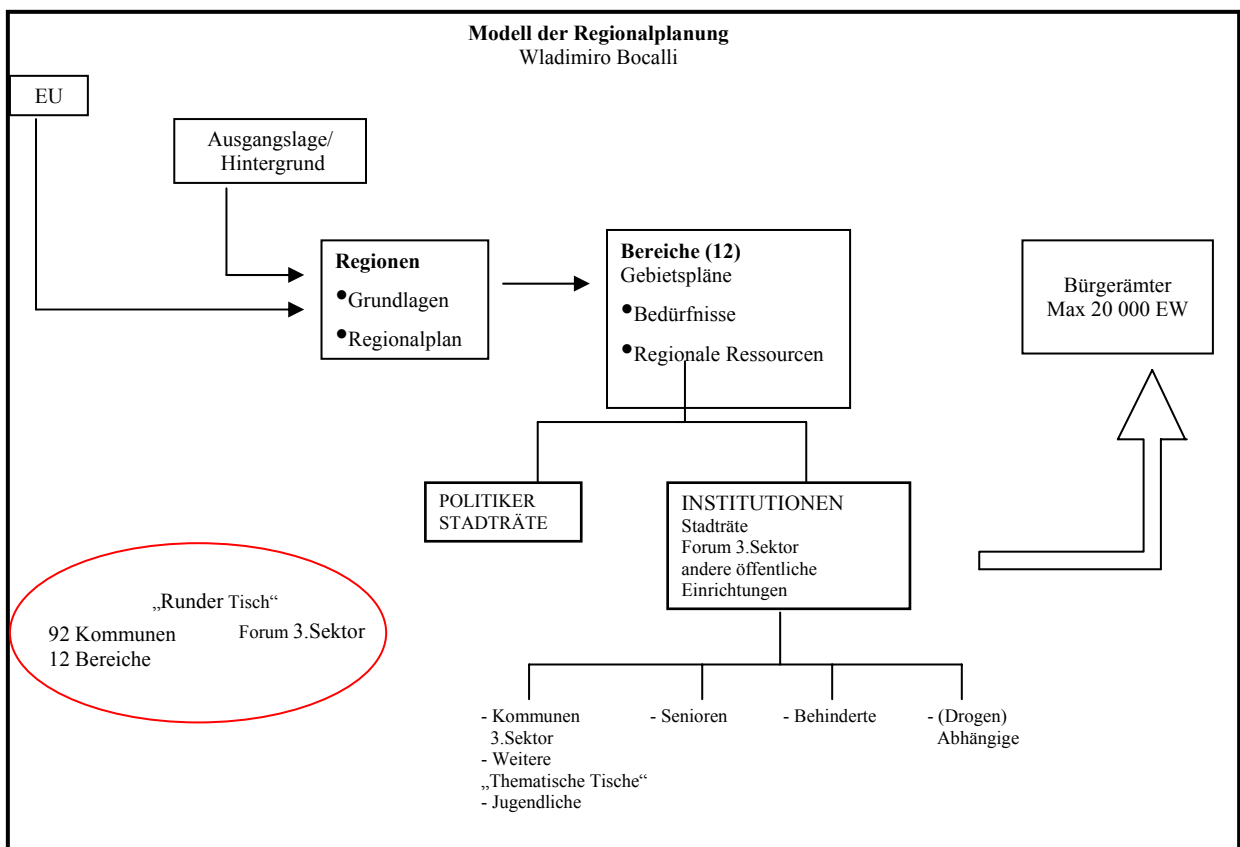
Die Organisationen und Verbände des Dritten Sektors haben die Funktion, die Ziele und die Evaluation zusammen mit den öffentlichen Einrichtungen zu bestimmen. Auch die Familien- und Bürgerorganisationen, die in der Gemeinde aktiv sind, beteiligen sich an der Programmierung und Realisierung der Interventionen. Die Gemeinde muss das Netzwerk in diese Richtung aktivieren und führen und gleichzeitig die Wirksamkeit kontrollieren. Der Dritte Sektor ist verantwortlich für die Vertretung der Bürger.

Die Arbeit im Netzwerk erfordert von den Beteiligten die Bildung einer *neuen Identität*, da nun jeder in Beziehung mit dem anderem arbeitet. Wir nennen diesen Prozess „Welfare der geteilten Verantwortung“. Bisher hatte man ein Modell, bei dem der Adressat, das Problem und die Antwort vorgegeben waren. Jetzt gehen wir zu einem Modell über, bei dem die Bürger, der Staat und die Leistungserbringer vertreten sind und die konkreten Interventionen prozesshaft entwickelt werden. Das heißt, dass der öffentliche Träger zuerst einmal die Verantwortung inne hat für die Rahmenbedingungen, also die Gesetze, die dieses System garantieren, und damit verbunden die Verantwortung für den Schutz der Rechte der Bürger. Die Gemeinde hat auch die Aufgabe, die Bürger zu fördern, sowohl italienische Bürger, als auch Bürger ausländischer Herkunft, die in Italien leben. Wir gehen also über zu einem integrierten System, in dem jeder Verantwortung für das richtige Funktionieren der „Maschinerie“ besitzt. Das strategische Ziel ist die Förderung und der Schutz der Rechte der Bürger. Wir gehen über von einer Politik des sozialen Ausschlusses zu einer Politik der Integration, von einer Politik, die sehr unterschiedlich war in den verschiedenen Regionen Italiens, zu einer Politik, die ein Minimum für die gesamte italienische Bevölkerung garantiert.

Ein anderes strategisches Ziel ist der Wechsel von einer Intervention, die für jeden gleich war, zu einer Leistung, welche flexibel ist im Bezug auf die Bedürfnisse der Menschen.

Zur Umsetzung dieser Strategie sind eine richtige Information der Träger und der Bürger, das Schaffen eines leichten Zugangs zu den Leistungen und das Erbringen von persönlichen Leistungen, das heißt eine Leistung für das jeweilige Bedürfnis der Person, anzubieten. Auch ist es wichtig, die Möglichkeit einzuräumen, die Zeiten und die Art der Leistungen frei wählen zu können. Die Arbeit der Gemeinde muss auch transparent sein, um eine Leistungsaufstellung zu realisieren, die es dem Bürger ermöglicht, die Dienstleistungen kennen zu lernen und mehr Kontrolle über die Qualität der Leistungen zu haben.

Ein letztes Element, das sehr wichtig für diese Strategie ist, ist die Realisierung der Einrichtung eines Amtes für die Bürger. Diese Ämter sind für Städte, die weniger als 20 000 Einwohner haben, vorhanden. In diesen Ämtern arbeiten unter anderem Sozialarbeiter und Erzieher. Sie müssen die Bürger beraten und ihnen Orientierung geben, und die Gesellschaft aktivieren. Sie haben die wichtige Aufgabe, die Bürger über die Ressourcen und Leistungen, die im Gebiet verfügbar sind, zu informieren. Diese Ämter müssen die Bürger zu den Dienstleistungen begleiten.



Diskussion & Fragen

Frank Scheinert, Bildungspartner, Sopro e.V.

Frage: „Sie sagten es gibt eine Finanzierung, die unabhängig von fachlich inhaltlichen Kriterien, sondern über pro Kopf bzw. pro Mensch funktioniert. Was gibt es da für Erfahrungen Ihrerseits damit?“

Antwort: Wladimiro Bocalli:

Es gibt Gelder für die Personen, die es wirklich nötig haben. Und dafür gibt es Experten, genannt „assistente sociale“ in Italien, welche die Person kennenlernt, untersucht und anerkennt, dass sie ein Bedürfnis hat. Und dafür erhält man eine Finanzierung.

Dr. Helmut Arnold, Vorstand von IRIS e.V. & Koordinator der EP „Junge Menschen in der Sozialwirtschaft“

Frage: „Du hast von einer Wahlfreiheit gesprochen. Ist damit auch gemeint, dass die Bürger wählen können zwischen Geldleistungen und personenbezogenen Dienstleistungen? Oder gibt das der Staat vor?“

Antwort: Wladimiro Bocalli:

Das ist ein Problem, das noch offen ist und über das sehr viel diskutiert wird. Ich kann nur über die Region Umbrien sprechen, wo man entschieden hat, nur zwischen Leistungen wählen zu können und nicht Gelder zu bekommen. Aber es gibt auch Fälle, wo man Gelder gibt. Zum Beispiel für einen Mann, der eine Hilfe braucht, aktiviert man eine Leistung. Für eine Familie, die kein Geld für eine Wohnung hat, aktiviert man Gelder.

Ralf Hron, DGB Sachsen, Strategischer Partner der EP „Arbeitsplätze für Junge Menschen in der Sozialwirtschaft“:

Frage: „Zu diesen eben angesprochenen Leistungen: Wie sind die Rechte der Bürger gewährleistet? Gibt es dazu Gesetze? Haben sie Ansprüche auf Wohngeldleistungen oder andere soziale Leistungen, oder entscheidet das Amt ob jemand das bekommt oder nicht?“

Antwort Wladimiro Bocalli:

„Es gibt ökonomische Kriterien um zu entscheiden, wer was bekommt und wie viel er bekommt. Also in Italien sind die Sozialdienstleistungen für alle garantiert, aber man muss auch berücksichtigen, wie die Einkommen der einzelnen Personen sind und welches Guthaben die einzelne Person besitzt. Nach diesen Kriterien bekommt diese Person die Gelder. Also wenn er reich ist wird er nicht viel kriegen, wenn er arm ist wird er mehr kriegen. Also es gibt ein proportionales Kriterium.“

Das Verhältnis von Verwaltung und freien Trägern: Subsidiarität im Praxistest – „good and bad practice“

Werner Schnabel, Kanzler der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen

Es gibt in Sachsen noch einen zweiten Subsidiaritätsgrundsatz in Haushaltsvorschriften, nämlich in der sächsischen Haushaltsordnung. Freie Träger sind zweimal in der Subsidiarität. Nach der sächsischen Haushaltsordnung können öffentliche Gelder, das heißt Zuwendungen oder Zuschüsse, nur für ganz bestimmte Zwecke gewährt werden. Und sie können nur dann gewährt werden, wenn der Staat an dieser Leistung ein erhebliches Interesse hat. Weiterhin können sie nur dann gewährt werden, wenn ohne eine solche Zuwendung die Leistung nicht oder nicht in dem erforderlichen Umfang erbracht werden könnte.

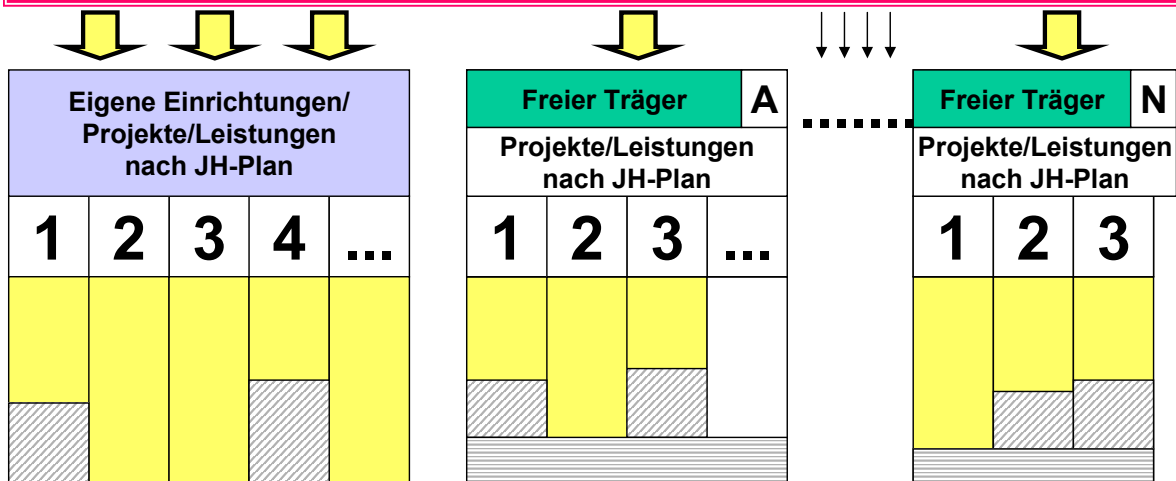
Wir unterscheiden Projektförderung, das heißt, hier werden nur einzelne, konkret abgrenzbare Projekte gefördert, und, was seltener ist, institutionelle Förderung, in der es um Zuwendungen für einen nicht abgrenzbaren Gesamtbereich geht, ausnahmsweise sogar um Zuwendungen für den freien Träger insgesamt. Es gibt aber nicht eine Gesamtfinanzierung durch den Staat, immer nur eine Teilfinanzierung. Und wir unterscheiden zwischen einer Festbetragsfinanzierung, die sicherstellt, dass ein ganz bestimmter Betrag an den Träger ausgegeben wird, oder einer Anteilsfinanzierung, das heißt, es wird nur ein bestimmter prozentualer Anteil der Kosten für die Leistung gefördert.


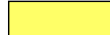
Die dritte Art ist eine Fehlbedarfsfinanzierung. Hier finanziert der öffentliche Träger den nichtgedeckten Bedarf des freien Trägers. Es soll mit Kostenpauschalen gearbeitet werden und das Subsidiaritätsprinzip erfordert, dass Eigenleistungen des Trägers zur Finanzierung eingesetzt werden. Sein Eigeninteresse an der Leistung spiegelt sich an seinen eingesetzten Eigenmitteln. Auch in Sachsen geht es dabei um Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.

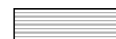
Ohne Kofinanzierung aus mehreren Töpfen ist es nicht möglich die gewünschten Leistungen zu erbringen.

Öffentlicher Träger der Jugendhilfe

JH-Planung gewährleistet JH-Leistungen
 . erforderlich . geeignet . ausreichend . rechtzeitig



 = Kofinanzierung durch Drittmittel
 = Finanzbedarf, durch öffentlichen Träger abzudecken

 = Eigenmittel

§ 3 KJHG | § 79 KJHG

Die Folie stellt dar, dass der öffentliche Träger für die Jugendhilfeplanung und für ihre Ausführung die Gesamtverantwortung trägt. In der Jugendhilfeplanung wird unter Beteiligung, auch der freien Träger, festgelegt, welche Maßnahmen und Leistungen erforderlich, geeignet und ausreichend sind, und wann sie rechtzeitig zur Verfügung stehen müssen. Eigentlich müsste der öffentliche Träger diese definierten Leistungen aus eigenen Mitteln finanzieren. Dieses Bild stellt dar, dass der öffentliche Träger eigene Einrichtungen und Projekte betreiben müsste und sie aus diesem eigenen Topf auch finanzieren müsste. Diesen Idealzustand gibt es nicht. Auch der öffentliche Träger wendet andere Mittel ein, um diese Projekte zu finanzieren. Und er bedient sich freier Träger. Nach dem Subsidiaritätsgrundsatz soll der öffentliche Träger von eigenen Leistungen und Angeboten absehen, wenn sie vom freien Träger in gleicher Qualität gewährleistet werden können. Auf der Folie werden beispielhaft freie Träger dargestellt, die Eigenmittel einsetzen, um die Projekte mitzufinanzieren, und die darüber hinaus zur Kofinanzierung weitere Drittmittel erschließen können. Mit diesem System erspart sich der öffentliche Träger erhebliche Ausgaben.

Es soll nun auf einen Mangel unter den Systemmängeln eingegangen werden. Dabei handelt es sich um das Jährlichkeitsprinzip. Wir haben in Sachsen ein Problem damit, dass Fördermittel nach staatlichem Recht nur jährlich bewilligt werden. Dieses System führt dazu, dass die tatsächlichen Leistungen nur in einen geringem Zeitraum erbracht werden. Der freie Träger beantragt seine Mittel im Zeitraum von Oktober bis Dezember und erhält eine Bewilligung der Mittel etwa im Mai des laufenden Jahres. Das hängt damit zusammen, dass Kommunalhaushalte, Städte und Gemeinden, erst etwa im März/April genehmigt werden. Und sich Kommunen deswegen finanziell nicht langfristig binden wollen. Dieses System führt dazu, dass von einer Jahresleistung nur übrig bleibt, dass man ab Mai, wenn man die Haushaltsmittel bewilligt bekommen hat, zum Beispiel Personal einstellen kann. Bis dieses Personal eingearbeitet ist, vergeht eine ganze Zeit. Der wirkliche Output dieser Fachkraft ist nur in der Zeit von etwa Mai bis Oktober/November. Weil diese Kraft nur bis zum Dezember beschäftigt ist, wird sie bereits im November wieder abbauen mit ihrer Leistungsmotivation.

Meine These ist nun, dass dieses Jährlichkeitsprinzip fachliche Qualität verhindert, weil man nur wenig qualifizierte Mitarbeiter findet, die bereit sind nur für ein $\frac{3}{4}$ Jahr einen Arbeitsvertrag einzugehen. Die zweite These ist daher, dass dieses Prinzip die Existenz der freien Träger gefährdet, da es keine mehrjährige Planungssicherheit gibt. Ich plädiere aus diesem Grund für mehrjährige Zuwendungsverträge, die die Qualität und die Kontinuität der Leistungen sichern.

Weiterhin benötigt man um eine kontinuierliche bedarfsangepasste Leistung zu erreichen, eine partnerschaftliche Diskussion über das Ziel und eine Erfolgskontrolle. Zur Zeit ist das System so angelegt, dass der Erfolg erst über einen Verwendungsnachweis geprüft wird, der vom öffentlichen Träger etwa drei Jahre nach der erbrachten Leistung geprüft wird. Das hat den Nachteil, dass man keine kontinuierliche Bedarfsanpassung durchführen kann. Wenn ein Ziel vorgegeben ist, dass man vereinbart hat, muss das Erreichen dieses Ziels von den beiden Partnern ständig kontrolliert werden.

Ein zweiter Hauptkritikpunkt ist, dass bei den Behörden Anteilsfinanzierung die Regelfinanzierung darstellt. Es sollte angestrebt werden, in der Regel Festbetragsfinanzierung zu erreichen. Dies erhöht die Planungssicherheit für beide Beteiligten und vermindert für alle Beteiligten den Verwaltungsaufwand.

Ich plädiere für ein duales Prinzip, das den freien Trägern eine institutionelle Grundförderung sichert. Zu dieser Grundförderung zählen eine personelle, fachlich gute Grundausrüstung, um sich Projektmittel erschließen zu können. Dieser Sockel muss von

öffentlichen Trägern langfristig und dauerhaft gewährt werden. Und aufbauend auf diesen Grundsockel werden Projektmittel erschlossen, die das Profil des Trägers bestimmen. Damit ist langfristige, kontinuierliche, qualitätvolle Arbeit gewährleistet.



Die Bewegung der sozialen Kooperativen in Umbrien – Erfahrungen, „Good Practice“ – kritische Regionen???

Mr. Roberto Leonardi – Präsident der Vereinigung der sozialen Kooperativen – ABN

In Italien gibt es zwei unterschiedliche Typen der Kooperativen. Die Kooperativen A bieten Dienstleistungen im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen an, während sich die Kooperativen B mit dem Gebiet der Arbeitseingliederung beschäftigen. Die Kooperativen A arbeiten ähnlich wie Dienstleistungsunternehmen für Personen. So wie man Geräte für praktische Arbeiten benötigt, so benötigen wir einen Assistenten, wenn in einem Haus etwas passiert. Historisch gesehen, ist dies die Geschichte der Kooperativen. Sie leisten die praktische Arbeit des Staates, sind dabei aber günstiger. Das bedeutet, ein Sozialarbeiter der Kooperative erhält weniger Geld als ein Sozialarbeiter der öffentlichen Einrichtungen. Daher ist es für den Staat günstiger sich an die Kooperativen zu wenden. Wenn Kooperativen einfach nur Dienstleistungen für Personen anbieten, sind sie nicht sozial, sondern einfach Dienstleistungsunternehmen. Sie sind also nicht als sozial anzusehen für das, was sie anbieten. In Italien existieren verschiedene Kooperativen. Im Norden gibt es weniger Kooperativen des Typus A, da der Staat dort stärker vertreten ist und eigene Arbeiter einsetzt, um praktische Arbeiten zu erledigen. In Mittelitalien, wie in Umbrien, werden weniger Gelder zur Verfügung gestellt, also werden mehr Kooperativen A benötigt.

Die Kooperativen des Typus A sind Kooperativen, die Dienstleistungen für Personen anbieten, und sie werden nur sozial in dem Moment, wo sie die Bedürfnisse der Personen vertreten, nicht nur einfach Dienstleistungen erbringen. Also nur dann, wenn sie Ko- programmiert sind. Die Kooperativen des Typus B haben eine andere Rolle. In diesen Kooperativen gibt es keine Beziehungen im Sinne von Betreuer – Betreuter oder Arzt – Patient. Alle Mitglieder befinden sich auf derselben Ebene. Diese Kooperativen versuchen in verschiedenen Sektoren auf dem freien Markt zu arbeiten. Traditionell versuchen sie in den ärmsten Sektoren tätig zu werden, also in Sektoren, wo „normale“ Italiener nicht mehr arbeiten wollen. Diese Kooperativen müssen Arbeiter beschäftigen, die sich in Problemlagen befinden, wie z.B. Drogenabhängigkeit oder psychische Probleme. Diese Arbeiter müssen mindestens 30% der Belegschaft ausmachen. In einigen Kooperativen liegt dieser Anteil sogar bei 50-60%. Wenn ich über Arbeit und

Arbeitseingliederung spreche, spreche ich über konkrete Arbeit und nicht über Therapie, also eine produktive Arbeit, die entlohnt wird.

Um diese Arbeit zu ermöglichen, stellt der Staat die Möglichkeit bereit, keine Steuern für die Arbeiter zu zahlen. Wir zahlen also nur den Lohn, ohne Steuern. Eine andere Hilfe des Staates ist die Tatsache, dass für Ausschreibungen unter 200 000 Euro die Bedingungen des Gesetzes 157 entfallen.

Es gibt eine klare Regelung für Kooperativen des Typus A. Wir veranstalten „Rund- Tisch- Gespräche“, in denen wir über Erziehung, Betreuung usw. reden.

Bei den Kooperativen des Typus B sieht es dagegen schlechter aus. Diese Kooperativen besitzen ein Einkommen von 15 Millionen Euro. In Italien gibt es Ausschreibungen für diese Arbeit von 500 Millionen Euro. Den Rest muss man jeden Tag „neu auf dem Markt finden“ und sich gegen die Vielzahl an Konkurrenz durchsetzen. Aber wir sind nicht konkurrenzfähig, da wir mit Personen arbeiten, die Probleme haben. Daher ist es nicht einfach solche Ausschreibungen zu gewinnen. Deshalb versuchen wir große Netzwerke zu bilden.

Die Teilnahme der Sozialkooperativen des Typus B kann bei 50 000 Euro pro Person liegen. Das ist sehr wenig für den westlichen Markt. Damit wären wir in Ländern wie China oder Malaysia konkurrenzfähig, aber nicht in Italien. Daher müssen wir Organisationen besitzen, die eine große Anzahl an Personen besitzen.

Ein anderer Punkt ist, dass wir seit einer Weile anstelle des Staates arbeiten. Wir betreuen eine Person in einer Kooperative A, um dann für sie eine Arbeitsstelle in einer Kooperative des Typus B zu finden. Aber nicht immer sieht der Staat diese Arbeit.

Die Regionen entscheiden über die Prioritäten. Ich bin nicht nur an der Sozialpolitik interessiert, sondern auch daran, wie die Regionen Städte bilden wollen, welche Entwicklungspolitiken für die Unternehmen sie festlegen oder für welche Bildungspolitiken sie sich entscheiden. Denn wenn ein Mensch, dem es gut geht 100h Bildung benötigt, kann eine Person mit genannten Problemen 400 h benötigen. Heute sind auch die Ressourcen der Menschen mit Problemlagen niedriger, als die anderer Personen.

Wenn wir jedoch weiterhin anstelle des Staates zu arbeiten, besteht das Risiko, dass der Staat nicht merkt, welche Bedürfnisse existieren. Beide Kooperativen müssen hier entscheiden. Die Kooperativen des Typus A müssen entscheiden, ob sie die praktische Arbeit des Staates machen oder machen wollen: Dies ist zwar nicht gut, aber es sichert mehrjährige, langfristige Projekte. Oder man muss entscheiden, ob man mit öffentlichen Einrichtungen ko-programmiert arbeiten möchte, dabei aber mit dem Risiko des Suizids der eigenen Einrichtung.

Leistungen, die nicht nötig sind, werden geschlossen und man muss neue Interventionen für die Stadt planen und gegebenenfalls auch einen Wechsel der Mitarbeiter vollziehen.

Die Kooperativen des Typus B können wählen, ob sie mit dem Staat in Harmonie arbeiten möchten. Dabei müssen sie aber auch demonstrieren, welche Kosten ihre Arbeit hat. Z.B., wenn ich zum Beispiel mich um eine Ausschreibung für eine Gebäudereinigung bewerbe und diese Ausschreibung gewinne, so zahlen sie mir die Meter, die ich sauber mache, aber ich bekomme nicht den Aufwand bezahlt, den ich betreiben muss, um eine Person mit psychischen Problemen in der Kooperative zu beschäftigen. Der Staat und auch die Privatpersonen erkennen diesen Sachverhalt nicht. Ein anderer Weg ist, dass die Kooperativen des Typus B bessere Beziehungen zu staatlichen und öffentlichen Einrichtungen oder sich selbst zu großen Unternehmen entwickeln. In Umbrien haben Sozialkooperativen des Typus B 900 Personen eingestellt. Wenn es ein Problem mit dem Kunden gibt und sie die Löhne nicht zahlen können, merkt dies die Bevölkerung nicht. Wenn aber ein kleines Unternehmen zum Streik aufruft, wird sofort in Fernsehen und Zeitungen darüber berichtet. Die Gewerkschaften sprechen darüber. Da die Menschen dies sehen können, haben sie mehr Interesse dafür. Die Kooperativen bilden wie eben erwähnt ein großes Unternehmen, um konkurrenzfähig zu sein, oder sie werden Teil des Staates, aber eines Staates, der mehr soziale Förderungen gibt. Aber um dies zu realisieren, wäre es günstiger die Ausschreibungen zu erleichtern oder ein größeres und stärkeres Unternehmen zu bilden, da wir etwa das Zehnfache an Geldern benötigen, wie wir sie jetzt zur Verfügung haben.

Jetzt sind wir an einer Wegkreuzung angelangt. Wir versuchen als Unternehmen stärker zu werden und Bilanzen zu konstruieren, die sozial sind, um öffentlichen Einrichtungen Vorteile in der Arbeit und in der Sozialbetreuung zu verschaffen, und die Lebensqualität der Menschen, die in den Unternehmen beschäftigt sind, zu verbessern. Wenn ich einem Drogenabhängigen beschäftige, habe ich nicht nur einem Arbeitslosen Arbeit gegeben und Arbeitswiedereingliederung betrieben, sondern ich halte diese Person auch von weiteren Straftaten ab, was wiederum für andere Personen der Gesellschaft von Vorteil ist.

Die Unternehmen müssen stärker werden, da sie nur dann Bedürfnisse vertreten und politische Lösungen und Entscheidungen, also auch ökonomische Entscheidungen, treffen können.



Soziokulturelle Zentren in Sachsen und ihr Beitrag zur sozialen und kulturellen Entwicklung von Regionen – „good practice!“

Torsten Wiegel, Geschäftsführer Steinhaus e.V. Bautzen; Mitglied der EUQAL-Entwicklungspartnerschaft

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Perugia,

als Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren und Initiativen in Sachsen e.V. möchte ich Ihnen zunächst die Grundzüge unserer Arbeit sowie unseren Projektansatz im Rahmen der EP „Arbeitsplätze für junge Menschen in der Sozialwirtschaft“ vorstellen.

Soziokultur in Sachsen – Arbeits- und Organisationsformen

Mit der Wende von 1990 sind in den Neuen Bundesländern auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements zahlreiche Initiativen entstanden, die eine Mit- und Neugestaltung ihres jeweiligen sozialen und kulturellen Umfeldes zum Ziel hatten. Insofern ist Soziokultur in Sachsen ein relativ junges Praxisfeld, das in seiner Ausprägung deutliche Unterschiede zur Soziokultur in den Alten Bundesländern (BL) aufweist. Während die Entwicklung der Soziokultur in den Alten BL ihre Wurzeln vornehmlich in der Kulturkritik der sechziger und siebziger Jahre hat, spielten in den Neuen BL die durch den gesellschaftlichen Umbruch hervorgerufenen sozialen Probleme und deren Bewältigung eine mindestens gleichwertige Rolle.

Die Bezeichnung "Soziokultur" resultiert zunächst einmal aus der Kritik einer auf Kunst eingegengten Kultur und Kulturpolitik. Jegliche Kultur solle Sozio-Kultur sein, forderte einmal Hermann Glaser in den 1970er Jahren. Damit war gemeint, Kultur nicht als etwas zu begreifen, das mit dem Alltag, dem Leben der Menschen nichts zu tun hat, das also eine rein geistige Sphäre sei.

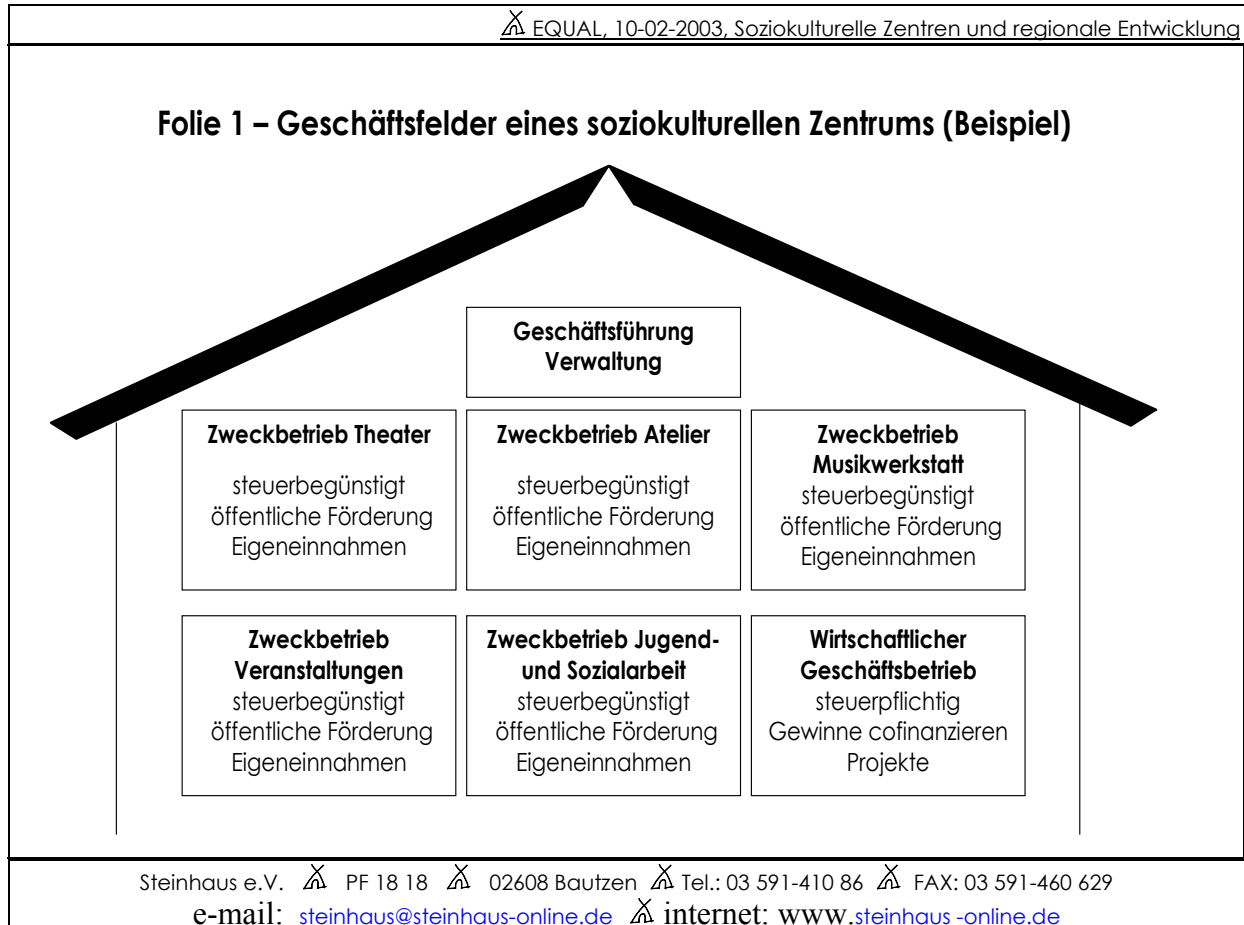
Soziokultur ist jene aktive Kultur, die von allen gemacht und gestaltet wird, vor allem in Einrichtungen und Initiativen, die vor Ort ihre Stadt, den Stadtteil oder die Region

beleben wollen. Soziokultur verkörpert dabei keine Bewegung gegen die Kunst, sie bezieht im Gegenteil künstlerisches Schaffen ein und will möglichst vielen Menschen Zugänge zur Kreativität eröffnen. Auf diese Weise wird die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur oftmals auch als Methode sozialer Arbeit genutzt.

Soziokultur lässt sich demnach als eine breitenkulturelle Praxisform mit sozialräumlicher Ausrichtung beschreiben, die viele Menschen erreicht und aktiv einbindet. Sie ermöglicht Podien für generations- und spartenübergreifende Gestaltung, politische Bildung, künstlerische Betätigung und Kommunikation.

Zentrale Bedeutung haben ebenso Themen der Umwelt-, Friedens- oder Frauenbewegung. Neben einem reichhaltigen Veranstaltungsbetrieb gibt es in den Zentren auch Kursangebote, Gruppenarbeiten und gastronomische Angebote. Ein wichtiger Bestandteil soziokultureller Arbeit in Sachsen ist die offene Kinder- und Jugendarbeit.

Modellhaft könnte der Aufbau einer soziokulturellen Einrichtung so aussehen:



Soziokulturelle Zentren vereinigen also verschiedene Arbeitsbereiche unter ihrem Dach, wie Kultur- und Kunstprojekte, Sozial- und Jugendarbeit. Ein weiteres wesentliches Merkmal ist das Vorhandensein mindestens eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes. Dies führt neben der inhaltlichen auch zu einer strukturellen Vielfalt, aus der hohe Anforderungen an das Management der Einrichtung erwachsen. Wie Werner Schnabel bereits dargestellt hat, finanziert sich ein soziokulturelles Zentrum über die Förderung verschiedener Zuwendungsgeber, über Einnahmen in den Zweckbetrieben sowie über die Eigenerwirtschaftung in den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben. Letzteres gibt den Zentren einen gewissen Handlungsspielraum für die Kofinanzierung von Fördermitteln. Auf Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang werde ich an späterer Stelle etwas näher eingehen.

⌘ EQUAL, 10-02-2003, Soziokulturelle Zentren und regionale Entwicklung

Folie 2 – Angebote und Leistungen soziokultureller Zentren

- **Angebote und Projekte im Bereich von Kunst und Kultur**
- **Förderung der lokalen Kultur**
- **Angebote und Leistungen nach dem KJHG**
- **Angebote und Projekte im Bereich der Freizeitgestaltung und der Naherholung**
- **gemeindenaher Dienstleistungen in sozialer und produktiver Hinsicht**
- **Projekte und Dienstleistungen im Bereich des Umweltschutzes**
- **Angebote der Jugend- und Erwachsenenbildung**
- **Projekte im Bereich der kommunalen Infrastruktur**
- **Einbindung ehrenamtlich Tätiger und Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Steinhaus e.V. ⌘ PF 18 18 ⌘ 02608 Bautzen ⌘ Tel.: 03 591-410 86 ⌘ FAX: 03 591-460 629e-mail:

steinhaus@steinhaus-online.de ⌘ internet: www.steinhaus-online.de

Neben den eigenen stationären und mobilen Angeboten bieten soziokulturelle Einrichtungen verschiedenen selbstorganisierten Gruppen und Initiativen Möglichkeiten zur Umsetzung ihrer Interessen, in dem bspw. Räume zur Verfügung gestellt werden, Beratung und Unterstützung für ehrenamtlich Tätige geleistet wird. Aus der dargestellten Struktur lassen sich folgende Leistungen soziokultureller Zentren für ihr Gemeinwesen und ihre Region ableiten:

Das jeweilige Profil der Einrichtung ist dabei immer stark von der regionalen Spezifik hinsichtlich der Problem- und Interessenlagen abhängig. Diese motivieren einerseits zu Engagement und Aktivitäten und bilden andererseits eine Grundlage für die Finanzierbarkeit entsprechender Angebote.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soziokultureller Zentren sind aktiv in die (fach-)politische Gremienarbeit auf der kommunalen, regionalen und Landesebene eingebunden. Der Anspruch und die Bereitschaft, die regionalen und überregionalen Entwicklungen mit zu gestalten, ist Teil des Arbeitsverständnisses in unseren Einrichtungen.

Soziokulturelle Einrichtungen entsprechen in Struktur und Arbeitsweise den Kriterien, die Dr. Karl Birkhölzer zur Charakterisierung von Unternehmen des Dritten Sektors aufgestellt hat:

⌘ EQUAL, 10-02-2003, Soziokulturelle Zentren und regionale Entwicklung

Folie 3 - Charakterisierung von Unternehmen des Dritten Sektors

1. Soziale Unternehmen versuchen, spezifische soziale Ziele durch ökonomische Betätigung zu realisieren.
2. Es sind 'Not-for-Profit-Organisationen' in dem Sinne, daß alle erwirtschafteten Überschüsse entweder in ökonomische Aktivitäten des Unternehmens investiert oder in anderer Weise so benutzt werden, daß sie den gesetzten sozialen Zielen des Unternehmens dienen.
3. Ihre Strukturen sind so angelegt, daß das gesamte Vermögen und der akkumulierte Reichtum des Unternehmens nicht Privatpersonen gehören, sondern daß sie treuhänderisch zum Wohl derjenigen Personen oder Gebiete verwaltet werden, die als Nutznießer der sozialen Unternehmen bestimmt worden sind.
4. Ihre Organisationsstrukturen zielen auf gleiche Rechte für alle und ermutigen alle Beteiligten, auf kooperativer Basis zu arbeiten. Ein weiteres Kennzeichen der sozialen Unternehmen ist, daß sie die wechselseitige Kooperation zwischen sozialen Unternehmen und anderen Organisationen der sozialen und lokalen Ökonomie fördern.“

(Technologie-Netzwerk Berlin 1997:14)

Steinhaus e.V. ⌘ PF 18 18 ⌘ 02608 Bautzen ⌘ Tel.: 03 591-410 86 ⌘ FAX: 03 591-460 629
e-mail: steinhaus@steinhaus-online.de ⌘ internet: www.steinhaus-online.de

Arbeitsansatz im Rahmen der EQUAL-Entwicklungspartnerschaft

Wir verstehen soziokulturelle Einrichtungen als Unternehmen des Dritten Sektors und sehen in diesem Bereich große Entwicklungspotenziale, die für unsere Mitgliedseinrichtungen von strategischer Bedeutung sind. So ist die Teilnahme unseres Verbandes an der EP „Arbeitsplätze für junge Menschen in der Sozialwirtschaft“ konkret durch folgende Vorhaben motiviert:

1. Erprobung Beschäftigung schaffender Ansätze im Dritten Sektor
2. Etablierung und Professionalisierung unserer Branche
3. Weiterentwicklung und Neugestaltung der institutionellen und politischen Rahmenbedingungen
4. Vernetzung und Partnerschaft

Die LAG Soziokultur Sachsen e. V. beteiligt sich an der Entwicklungspartnerschaft mit momentan 4 ihrer Mitgliedseinrichtungen. Diese stellen über den Projektzeitraum jungen Erwachsenen und PraktikantInnen in ihren wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben Arbeits- und Praktikumsplätze zur Verfügung. Ziel ist es dabei, die zunächst auf ABM-Basis begonnenen Beschäftigungsverhältnisse im Anschluss an die Projektlaufzeit in Festanstellungen zu überführen. Dafür werden zwei Ansätze gewählt.

Einerseits sollen Einrichtungen unterstützt werden, die eine Erweiterung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder und mittelfristig die Schaffung neuer Stellen planen. Davon können beide Seiten profitieren: so bietet die Vielfalt der Arbeitsbereiche soziokultureller Zentren eine entsprechende Vielfalt an Qualifikationsmöglichkeiten: Betriebswirtschaft in Unternehmen des Dritten Sektors (Management in Non-Profit-Organisations), regional- und gemeinwesenorientierte Projektentwicklung (Arbeitswelt, Soziales, Kultur & Kunst, Freizeit & Tourismus), pädagogische Methoden. Die pädagogische Kompetenz der Einrichtungen lässt zudem erwarten, dass neben dem Erwerb der formalen Qualifizierungsinhalte durch „Training on the Job“ auch die Stärkung der sozialen Kompetenz der TeilnehmerInnen gelingt, die als berufliche Schlüsselqualifikation gilt. Einsatzbereich der Maßnahme-TeilnehmerInnen ist grundsätzlich der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb der jeweiligen soziokulturellen Einrichtung (Maßnahmestandort).

Einsatzmöglichkeiten und berufliche Perspektiven liegen dort in der Gastronomie (Küche und Service) sowie weiterhin im Projekt- und Veranstaltungsmanagement. In beiden

Bereichen werden die TeilnehmerInnen mit der Vielfalt der Eigen-, Fremd- und mobilen Versorgung konfrontiert und in die Lage versetzt, auch neue Produkte mit zu entwickeln, die einer späteren Eigenfinanzierung der Stelle zugute kommen. Strategisch geht es bei diesen Aufgabenfeldern um die weitere Stabilisierung der Einrichtungen.

Der zweite Ansatz unterstützt die Gründung von Kleinunternehmen der Sozialwirtschaft, die für die ProjektteilnehmerInnen ebenfalls berufliche Perspektiven bieten sollen. Dabei sind Produktideen wie auch potentielle Kunden bereits vorhanden. Das Spektrum möglicher Geschäftsfelder reicht dabei vom Catering-Service über Veranstaltungsmanagement bis hin zu Beratungs- und Serviceleistungen für Einrichtungen und Unternehmen an der Schnittstelle zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft. (soziokulturelle Zentren und Initiativen, Vereine, Jugendeinrichtungen; Politikberatung)

Die Umsetzung der Gründungsvorhaben soll in jeweils vier Schritten erfolgen: 1. Machbarkeitsstudie (Organisations- und Rechtsform), 2. Marktanalyse (Befragung potentieller Kunden und Klienten), 3. Produktentwicklung, 4. Gründung. In diesem Projektansatz betrachten wir auch ein Nichtzustandekommen einer Ausgründung als ein akzeptables Ergebnis, da eine erfolgreiche Gründung nicht ausschließlich durch eigene Ressourcen herbeigeführt werden kann. Für die Gründungsvorhaben ist eine ständige Begleitung durch die LAG Soziokultur und ihre Mitgliedszentren vorgesehen, um gezielt auf Erfahrungen und bereits indizierte Probleme eingehen zu können. Die Trägerschaft von Ausgründungen kann zunächst durch eine Gesellschaft mehrerer Zentren erfolgen. Dadurch wird eine Verstetigung des Stärkungs-Ansatzes über die Projektlaufzeit hinaus erreicht.

Die LAG Soziokultur Sachsen e.V. wird die teilnehmenden Mitgliedseinrichtungen auf ihrem Weg zur Schaffung neuer Stellen unterstützen und beraten. Gleichzeitig werden die dabei gemachten Erfahrungen evaluiert und objektiviert, um die Projektergebnisse allen Mitgliedseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Zusätzlicher Mehrwert entsteht darüber hinaus durch die weitere inhaltliche und strukturelle Profilierung soziokultureller Zentren als ernst zu nehmende Partner für Politik und Wirtschaft in ihren jeweiligen Regionen.

Die erfolgreiche Umsetzung der geplanten Vorhaben ist für die LAG Soziokultur Sachsen e.V. und ihre Mitgliedsvereine eine strategische Investition. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass wir neben der Übernahme der Verantwortung für eine

Feststellung der MaßnahmeteilnehmerInnen das Projekt über das geforderte Maß hinaus finanziell untersetzen. Über unseren Erfolg entscheidet aber nicht ausschließlich unsere eigene Arbeit:

Institutionelle Rahmenbedingungen: Hemmschuh der Entwicklung im Dritten Sektor

Der Schlüssel für die erfolgreiche Etablierung und Entwicklung des Dritten Sektors in Deutschland, aber auch für den Erfolg unserer EQUAL-Entwicklungspartnerschaft (wenn man Erfolg auch mit einer Komponente der Nachhaltigkeit versieht), liegt in der Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen unserer Arbeit. In der Praxis mangelt es nicht an Motivation, Ideen, Leistungsangeboten und Produkten, sondern an Handlungsmöglichkeiten. Hier verdeutlicht sich, wie momentan in Deutschland an leider zu vielen Stellen, ein dringender Reformbedarf. Die allseits geforderte Vernetzung von Arbeitsfeldern und –akteuren muss eine institutionelle Entsprechung haben, um umsetzbar zu sein. Anders gesagt: Die Forderung zur Herstellung neuer Bezüge, übergreifenden Denkens und Handelns, muß auch für die staatlichen Institutionen gelten, um bspw. Förderpolitiken und –programme aufeinander abzustimmen und so eine entsprechend vielfältige Praxis zu ermöglichen.

Das folgende Beispiel soll stellvertretend eine typische Schwierigkeit aufzeigen, die einerseits im Ergebnis von Förderpolitik und zum anderen durch den immer weiteren Rückzug des Staates aus seiner sozialpolitischen Verantwortung entstanden ist:

Vereine geraten nach wie vor in zum Teil existenzielle Schwierigkeiten, weil Personen in leitenden Funktionen von bestimmten (betriebswirtschaftlichen) Aufgaben überfordert sind. Eine Ursache dafür ist bemerkenswerter Weise die Praxis der Fachkraftförderung. Diese hat dazu geführt, daß leitende Funktionen in Einrichtungen oftmals mit Pädagogen besetzt wurden, die kaum Qualifikationen oder Erfahrungen im Bereich der Betriebswirtschaft oder des Managements hatten. Dennoch erfordert die Arbeit in einem so komplexen Wirtschaftszweig (Sozialwirtschaft) ein ebenso komplexes (der Heterogenität angemessenes) Kompetenzprofil. Verschärft wird das Problem dadurch, daß (und dies ist Ausdruck unzureichender Analyse seitens der Zuwendungsgeber) Verwaltungsstellen bei Freien Trägern kaum gefördert werden. So gehört bspw. eine

Verwaltungsumlage, die in der Summe mehrerer Projekte eine entsprechende Stelle finanzieren könnte, keineswegs überall zu den zuwendungsfähigen Kosten eines Projektes. Oftmals werden vor dem Hintergrund knapper Kassen lediglich noch Personalkosten (zweckgebunden für inhaltliche Arbeit) gefördert. Während also einerseits eine zweckentsprechende und sachgerechte Verwendung der Mittel gefordert wird, ist andererseits die Möglichkeit einer professionellen Umsetzung fördertechnisch nicht untersetzt. Hintergrund ist dabei die Unterstellung, daß die Summe der geförderten Projekte eine Einrichtung als Ganzes ergeben kann. Der flächendeckende Rückgang der institutionellen Förderung zugunsten der Projektförderung (einhergehend mit dem Prinzip der Jährlichkeit) in den letzten Jahren stellt einen Verlust an Sicherheit und Stabilität für die betroffenen Unternehmen dar. Sie negiert, daß bestehende Einrichtungen eben Einrichtungen sind und kein Konglomerat von Einzelprojekten, das noch dazu jährlich einer neuen Zusammensetzung anheim gestellt wird. Was dies hinsichtlich einer Qualitäts- und Angebotsentwicklung zu bedeuten hat, dürfte jedem klar sein. Worte wie Personalentwicklung oder Nachhaltigkeit verbieten sich in diesem Zusammenhang.

Für dieses Problem bieten sich zwei Lösungen an: einerseits die Erhöhung der betriebswirtschaftlichen und management-relevanten Ausbildungsanteile in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen. Andererseits die Berücksichtigung von Gemeinkosten (Betriebskostenumlage, Verwaltungsumlage) in der Ausgestaltung der Förderpraxis. (institutionelle oder Projektförderung) Beide sind selbstverständlich nicht alternativ, sondern möglichst parallel umzusetzen.

An dieser Stelle sei nochmals auf das Subsidiaritätsprinzip verwiesen: Der Staat wäre in den meisten Fällen kaum in der Lage, die entsprechende Leistung im Rahmen der Finanzausstattung seiner Förderung bedarfsgerecht sicherzustellen. Ein Verwaltungsangestellter käme wohl kaum auf die Idee, Papier, Stifte, seinen Computer und einen Lohnbuchhalter mit auf Arbeit zu bringen – in seiner Förderpolitik geht der Staat aber scheinbar davon aus, daß dies bei Freien Trägern zumutbar und angemessen ist. Für die anschließende Diskussion möchte ich an dieser Stelle weitere Probleme kurz benennen, die ich aus zeitlichen Gründen hier nicht weiter ausführen kann:

Folie 4 – Themen zur Diskussion

- wirtschaftlicher Erfolg und Gemeinnützigkeit (steuerliche Kriterien)
- Konflikte zwischen satzungsgemäßen Zwecken und der Finanzierbarkeit von Geschäftsfeldern
- Konzentration auf profitable oder zumindest nicht defizitäre Bereiche: Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen?
- Motivation der Mitarbeiterinnen (untertarifliche Bezahlung vor dem Hintergrund des überdurchschnittlichen Ausbildungsgrades und der Verwendung von Gewinnen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb zur Finanzierung von Projekten)

Steinhaus e.V. ⌘ PF 18 18 ⌘ 02608 Bautzen ⌘ Tel.: 03 591-410 86 ⌘ FAX: 03 591-460 629
e-mail: steinhaus@steinhaus-online.de ⌘ internet: www.steinhaus-online.de

Die angestrebten Verbesserungen im Umfeld müssen dabei mit einer ständigen Weiterentwicklung und Professionalisierung bei den Akteuren des Dritten Sektors einhergehen. Das meint die Angebots- und Qualitätsentwicklung ebenso wie eine Selbstvergewisserung hinsichtlich der Zugehörigkeit zum Dritten Sektor. Ein solcher Perspektivwechsel bringt neue Sichtweisen und Ideen ein.

Schlussbemerkungen

Die Projektlaufzeit bietet für unser Vorhaben einen gewissermaßen „geschützten Raum“, der Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Ziel muss es daher sein, entsprechende Bedingungen auch für die Zeit nach EQUAL zu etablieren, da ansonsten der Unterschied zu den vorhin benannten großen Maßnahmeträgern („Wohlfahrtstankern“) nur marginal ausfallen würde.

Eine bislang noch nicht angesprochene Aufgabe ist im Rahmen eines EU-Projektes selbstverständlich auch die Abstraktion von „typisch deutschen“ Problemlagen und die Übersetzung unserer Vorhaben in einen europäischen Kontext. Hier warten im Zuge der europäischen Harmonisierung der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsysteme ebenfalls große Herausforderungen bei der Ausgestaltung der strukturellen Rahmenbedingungen

für die Entwicklung eines europäischen Dritten Sektors. Auch die EU-Osterweiterung wird kulturelle Vermittlungsleistungen wirtschaftlicher und sozialer Veränderungsprozesse erfordern. Daher freuen wir uns sehr auf einen Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Arbeit an diesem für die Zukunft so wichtigen Thema.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Centri socio - culturali in Sassonia e il loro contributo allo sviluppo sociale e culturale delle regioni - "good practice".

Torsten Wiegel

in qualità di rappresentante della comunità provinciale del lavoro dei centri socio culturali e delle iniziative in Sassonia vorrei innanzitutto delineare il profilo del nostro lavoro nell'ambito del progetto di sviluppo "posti di lavoro per giovani nell'economia sociale".

Cultura sociale in Sassonia: Forme di lavoro e di organizzazione.

Dopo la riunificazione nel 1990 sono nate nei nuovi Länder della Germania grazie all'impegno dei cittadini numerose iniziative con lo scopo di dare vita ad uno spazio sociale e culturale nuovo. La cultura sociale in Sassonia è quindi un campo di prassi relativamente nuovo che si distingue da quella dei vecchi Länder federali. Mentre la cultura sociale nei vecchi Länder federali aveva le proprie radici soprattutto nella critica culturale degli anni sessanta e settanta, nei nuovi Länder hanno avuto un ruolo importante i problemi sociali causati dalla riunificazione.

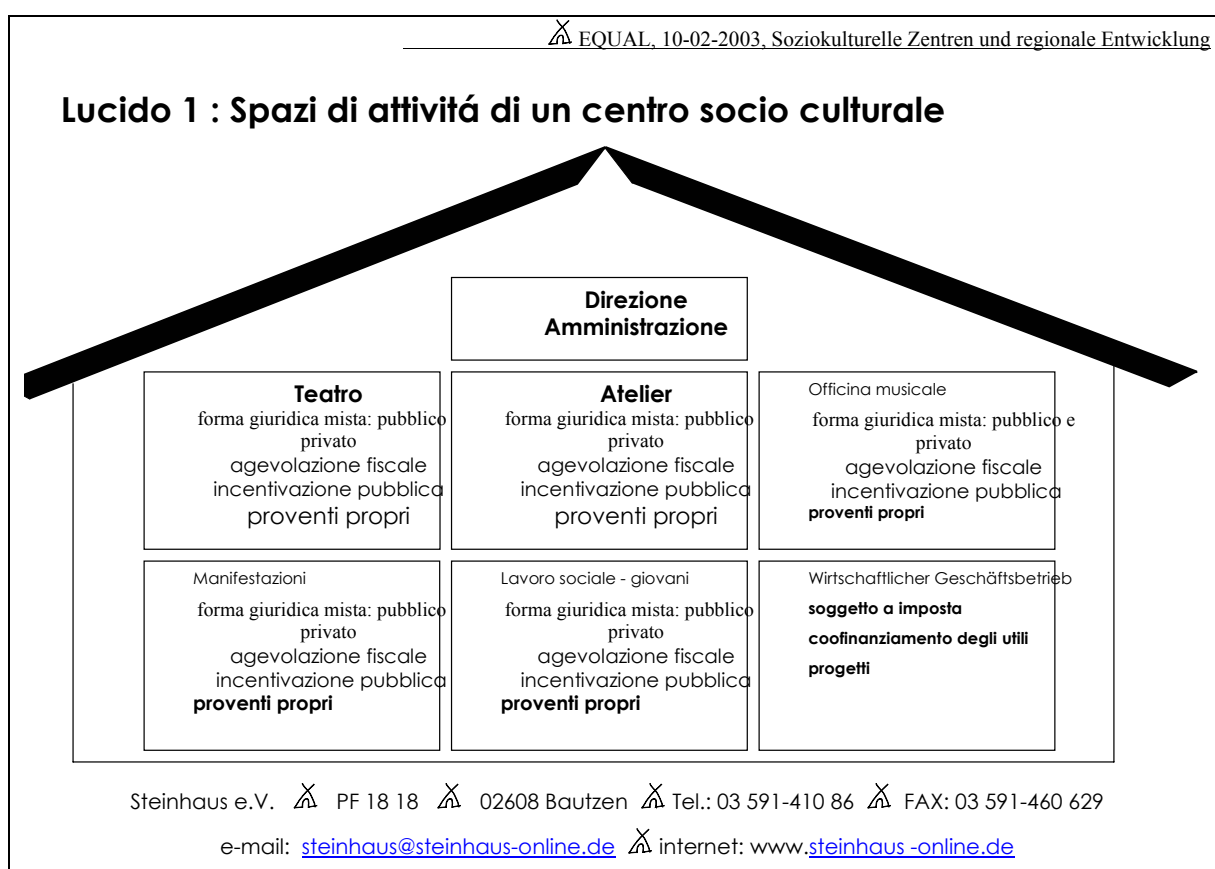
La denominazione "cultura sociale" deriva in primo luogo dalla critica di una politica culturale limitata alla cultura e all'arte. Hermann Glaser pretendeva negli anni settanta che ogni cultura fosse cultura sociale. Con ciò intendeva dire che cultura non è da intendere come qualcosa che non ha niente a che fare con la vita quotidiana dell'uomo, cioè una sfera puramente spirituale.

Sociocultura è tutta la cultura che viene creata da tutti coloro soprattutto nelle istituzioni e nelle iniziative che vogliono animare la propria città, il proprio quartiere o la propria regione. La sociocultura non rappresenta un movimento contro l'arte; al contrario essa comprende anche la creazione artistica e vuole permettere un accesso alla creatività ad un maggior numero di persone possibile. In questo modo la discussione fra arte e cultura viene utilizzato come metodo di lavoro sociale.

La cultura sociale si lascia dunque descrivere come un'ampia forma di prassi con un orientamento socio ambientale, che coinvolge molte persone. Essa permette formazione politica, partecipazione artistica e comunicazione.

Un significato centrale hanno temi dei movimenti per l'ambiente, la pace e femminili. Nei centri vengono organizzate numerose manifestazioni, lavori di gruppo, corsi e offerte gastronomiche. Una parte importante del lavoro socio culturale in Sassonia é svolta dal lavoro per l'infanzia e per l'adolescenza.

Ora vi presento un modello tipo di un'istituzione socio culturale.



I centri socio culturali raggruppano quindi sotto lo stesso tetto diversi ambiti di lavoro come progetti culturali e artistici e occupazione sociale per i giovani. Un'altra caratteristica essenziale é l'esistenza di almeno un attività economica. Ciò contribuisce non solo ad una molteplicità di contenuti ma anche di strutture e così vi é anche una risposta alle esigenze di management. Werner Schnabl vi ha già mostrato che un centro socio culturale si finanzia attraverso sovvenzioni esterne, proventi commerciali e coofinanziamenti. Delle difficoltà in questo campo parleró in seguito.

Oltre alle proprie attività le istituzioni socio culturali sostengono le iniziative di gruppi esterni o di volontariato offrendo consulenza o mettendo a disposizione le proprie sedi per le manifestazioni. Nel lucido vedete ora una sintesi delle prestazioni dei centri socio culturali per la propria collettività:

Lucido 2 : Offerte e prestazioni dei centri socio culturali

- Offerte e progetti nel campo artistico e culturale, promozione della cultura locale
- Offerte e prestazioni in base alla legge sull'infanzia
- Offerte e prestazioni nell'ambito dell'organizzazione del tempo libero e ricreazione
- servizi per il comune di appartenenza
- nell'ambito della protezione dell'ambiente
- per la formazione dei giovani e degli adulti
- coinvolgimento di attività di volontariato e promozione della partecipazione dei cittadini

Steinhaus e.V. ☒ PF 18 18 ☒ 02608 Bautzen ☒ Tel.: 03 591-410 86 ☒ FAX: 03 591-460 629e-mail:
steinhaus@steinhaus-online.de ☒ internet: www.steinhaus-online.de

Il profilo dell'istituzione è quindi fortemente legato alla specificità degli interessi e dei problemi regionali. Essi sono uno spunto per la motivazione alla partecipazione e un fondamento per il finanziamento delle rispettive offerte.

Le collaboratrici e i collaboratori dei centri socio culturali sono attivi anche nella politica locale.

Le strutture e il modo di lavoro delle istituzioni socio culturali corrispondono ai criteri che il dr. Karl Birkhölzer ha elencato e che caratterizzano le imprese del terzo settore.

Lucido 3 : Caratteristiche delle imprese del terzo settore

1. Le imprese sociali cercano di raggiungere obiettivi sociali specifici per mezzo attività economiche
2. Si tratta di organizzazioni non profit nel senso che gli utili vengono reinvestiti o nelle attività economiche dell'impresa o per il raggiungimento di scopi sociali.
3. Il patrimonio complessivo e la ricchezza accumulata non appartengono a privati ma vengono amministrati in modo fiduciario per il benessere delle persone e dei territori oggetto dei benefici dell'impresa sociale.
4. Le strutture dell'organizzazione mirano al raggiungimento di pari diritti e incoraggiano i partecipanti a lavorare su base cooperativa. Un'altra caratteristica delle imprese sociali consiste nella promozione reciproca della cooperazione fra esse e altre organizzazioni dell'economia sociale locale.

Steinhaus e.V. ⌘ PF 18 18 ⌘ 02608 Bautzen ⌘ Tel.: 03 591-410 86 ⌘ FAX: 03 591-460 629e-mail:

steinhaus@steinhaus-online.de ⌘ internet: www.steinhaus-online.de

Approccio di lavoro nell'ambito del patnerariato Equal

Noi intravediamo nel terzo settore notevoli potenziali di sviluppo che hanno un significato strategico per le nostre istituzioni. La partecipazione della nostra associazione al progetto Equal é motivata concretamente dai seguenti propositi:

1. Tentativi di approccio per la creazione di lavoro nel terzo settore
2. Affermazione e professionalizzazione del nostro settore
3. Sviluppo e ridefinizione delle condizioni politiche e istituzionali generali
4. Creazione di una rete e partenariato

La LAG (Adolescenti e giovani donne in Sassonia) partecipa al parteneriato con quattro istituzioni membro. Esse mettono a disposizione di giovani adulti e stagisti posti di lavoro e di stage nelle loro aziende. L'obiettivo é di trasformare i rapporti di lavoro

iniziati su base di provvedimenti per la creazione di occupazione in rapporti a tempo indeterminato. Per questo si utilizzano due approcci.

Per primo si sostengono le istituzioni che pianificano l'ampliamento dei loro settori di attività economica e la creazione di nuovi posti di lavoro a breve termine. Di ciò possono approfittare ambo le parti: la molteplicità di ambiti di lavoro offre ai centri socio culturali una corrispondente molteplicità di possibilità qualitative: Management in organizzazioni non profit, sviluppo orientato alla comunità e alla regione (Mondo del lavoro, sociale, arte e cultura, tempo libero e turismo), metodi pedagogici. I partecipanti acquisiscono competenze professionali attraverso "il training on the job" ma rafforzano anche la loro competenza sociale. Essi vengono impiegati nella gestione economica delle istituzioni socio culturali, nella gastronomia, nel management e nel progetto. Per mezzo dell'assistenza i partecipanti vengono messi nella posizione di poter sviluppare anche nuovi prodotti che tornano utili per un autofinanziamento del posto di lavoro. Strategicamente si mira anche all'affermazione e stabilizzazione delle istituzioni.

Il secondo approccio sostiene l'apertura di piccole imprese nell'economia sociale che possono offrire prospettive di lavoro ai partecipanti. In questo caso vi sono già idee di nuovi prodotti e clienti potenziali. Lo spettro dei possibili campi di occupazione va dal catering service, a servizi di management e consulenza per istituzioni e aziende nella soglia fra pubblico e privato. (centri socio culturali, associazioni, consulenza politica)

Per l'apertura della nuova azienda sono necessari le seguenti fasi:

1. Studio sul tipo di organizzazione e forme giuridiche
2. Analisi del mercato (indagine di potenziali clienti)
3. Sviluppo del prodotto
4. Avviamento dell'attività

Se nella realtà poi i giovani non avviano una propria azienda, ciò non è da considerare come un insuccesso del nostro progetto perché sappiamo che mettersi in proprio non è possibile solo esclusivamente per mezzo di risorse private.

Il centro socio culturale Lag e i centri membri accompagnano e. Le esperienze acquisite e i risultati vengono messi a disposizione di tutte le istituzioni partecipanti al progetto. Un

valore aggiunto scaturisce dal fatto che i centri socio culturali vengono considerati seriamente die partner per la politica e l'economia della regione.

Il successo dell'iniziativa è per il centro culturale e i suoi soci membri un investimento strategico. Infatti non solo ci prendiamo la responsabilità per l'assunzione definitiva dei partecipanti ai provvedimenti ma sosteniamo il progetto anche finanziariamente. Il nostro successo non è comunque determinato solo dal nostro lavoro:

Condizioni generali istituzionali: ostacolo dello sviluppo del terzo settore

La chiave per l'affermazione positiva e per lo sviluppo del terzo settore ma anche per il successo del nostro partenariato Equal (se per successo si intende anche una componente di continuità) è da cercare anche nella condizioni generali istituzionali. Nella prassi non mancano idee, motivazioni, offerte di servizi e prodotti ma mancano soprattutto possibilità di azione. Per il momento in Germania c'è un urgente bisogno di riforme. L'incontro fra settori di occupazione e di attori deve avere una corrispondenza istituzionale. Detto in altri termini: la pretesa di creare nuovi riferimenti, di un sapere e un agire più ampio, deve valere anche per le istituzioni statali per concordare politiche e programmi di incentivi e per permettere una prassi molteplice.

L'esempio che segue serve per mostrare una difficoltà tipica che è sorta sia da un risultato politico che da un arretramento dello stato della sua responsabilità politica e sociale:

Le associazioni cadono talvolta in difficoltà esistenziali perché il personale dirigente è sovraccaricato di compiti soprattutto di gestione. Una causa è da cercare nel fatto che i ruoli direttivi sono stati occupati da pedagoghi, i quali non hanno esperienza manageriale, mentre il ruolo direttivo nell'economia sociale prevede un profilo di competenze eterogeneo. Il problema viene aggravato dal fatto che (e questo è espressione di un'insufficiente analisi da parte dei finanziatori) i costi dei ruoli amministrativi raramente sono oggetto di sovvenzione.

Viene finanziato il progetto ma non l'istituzione e questo secondo il principio di annualità cioè il finanziamento viene assegnato di anno in anno. Il risultato è che non è possibile lavorare professionalmente. Questo causa una perdita di sicurezza e mette in

pericolo la stabilità dell'impresa. Viene negato in pratica che le istituzioni sono appunto delle istituzioni e non un conglomerato di progetti singoli. In questo contesto è quindi un paradosso parlare di sviluppo del personale e di continuità.

Per questo problema ci sono due soluzioni: da una parte l'offerta di formazione di management e di gestione d'impresa nei corsi di laurea delle scienze umanistiche. Dall'altra devono essere considerati nella prassi di sovvenzionamento i costi complessivi della azienda. Entrambi le soluzioni sono necessarie.

In questo punto bisogna richiamare il principio di sussidiarietà : lo Stato sarebbe raramente nella condizione di stabilire delle sovvenzioni orientate ai bisogni: a un impiegato statale non verrebbe mai in mente di portare al lavoro penne, carta, il proprio computer. Tuttavia sembra che così debba invece accadere presso le nostre istituzioni. Per la discussione finale vorrei parlare brevemente di altri problemi_

Lucido 4 : Temi per la discussione

1. successo economico e interesse comune
2. conflitti fra scopi conformi allo statuto e finanziabilità
3. Concentrazione su settori non deficitari: privatizzazione delle prestazioni statali
4. Motivazione di collaboratori con una formazione di livello superiore in caso di remunerazione insufficiente e nel caso in cui gli utili vengono utilizzati per finanziare i progetti.

Steinhaus e.V. ⌘ PF 18 18 ⌘ 02608 Bautzen ⌘ Tel.: 03 591-410 86 ⌘ FAX: 03 591-460 629e-mail:
steinhaus@steinhaus-online.de ⌘ internet: www.steinhaus-online.de

Considerazioni finali

La durata del progetto ci offre in certo qual modo uno spazio di protezione, che ci offre possibilità di azione. L'obiettivo deve anche essere quindi di stabilire delle condizioni per non diventare anche noi dei semplici esecutori di provvedimenti.

Dobbiamo anche astrarre dai tipici problemi tedeschi e tradurre i nostri propositi in un contesto europeo. Nel corso di una armonizzazione europea di sistemi giuridici, economici e sociali ci aspettano delle grosse sfide per lo sviluppo di un terzo settore europeo. Anche l'allargamento europeo verso est richiederà processi di cambiamento di tipo economico e sociale. Per questo siamo contenti di questo scambio di esperienze e del lavoro che svolgiamo in comune.

Vi ringrazio molto per la Vostra attenzione.